

## «Winterthur» neu eingewandert

Einwanderung führt zu **Übervölkerung**, dargestellt am Beispiel Kanton Zürich



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat,  
Frenkendorf

Seit 1961 warnt unsere Partei vor den langfristig verheerenden Folgen der übermässigen Einwanderung und Übervölkerung in unser Land. Lange wurden wir als politische Exoten belächelt; heute gibt uns die Realität vollumfänglich Recht. Früher kursierte ein Gedicht, von dem ich hier nur einen kurzen, aber wichtigen Teil zitieren will:

«Erst wenn Berge, Wälder, Täler umgegraben, wird der Geldmensch Ruhe haben. Erst dann merkt der letzte Grind, dass wir übervölkert sind!»

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Es sind etwa vier Jahrzehnte her; die Schweiz zählte 6 Millionen Menschen. Da prophezeihte uns ein Herr Professor Knechtaurek, dass in der Schweiz der einst 10 Millionen Menschen wohnen würden. Damals griffen sich fast alle an den Kopf, weil es unvorstellbar war, dass unser Land so viele Menschen ernähren könnte. Und heute – da sind wir bald bei rund 8 Millionen Leuten. Aber der Stress, der

Druck auf den einzelnen Menschen, die sozialen Probleme, ökologisch bedenkliche Entwicklungen, nehmen immer mehr zu.

Die Bevölkerungszunahme ist in unserem Lande einzig und allein das Produkt der Einwanderung. Und mit der Zustimmung zu den Bilateralen-Verträgen mit der EU haben wir die Einwanderungsbegrenzungs-Möglichkeiten fast vollends aus der eigenen Hand gegeben. Momentan ist es so, dass Jahr für Jahr so viele Menschen einwandern wie die Stadt Winterthur an Gesamtbevölkerung hat. Jedes Jahr stampfen wir in unserem Lande also eine neue Stadt in der Grössenordnung von Winterthur aus dem Boden! Wir stossen mit dieser Bevölkerungswachstumspolitik der Wirtschaft, der FDP, der SP, der CVP und der Grünen an unsere Grenzen und sind nun endgültig dabei, eben diese Grenzen der Vernunft zu überschreiten!

### Autostau beim Gubrist-Tunnel

Täglich vernehmen wir die Stau-meldungen vom Gubrist und in der Stadt Zürich bis ins Zürcher Oberland hinein. Mehr Leute brauchen auch immer mehr Autos. Und wir müssen deswegen mehr Strassen bereitstellen. Um dies zu bewerkstelligen, verbetonieren wir mit Hilfe von Einwanderern immer grössere Teile unseres Landes. Um die riesigen Strassen-Verkehrs-



**Achtung:** Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!

staus zu beseitigen, bauen wir ständig neue Strassen und Autobahnen. Die dadurch entstehenden Kosten sind höher als unsere Volkswirtschaft effektiv einnimmt. Ein «Geschäft» ist diese Bevölkerungspolitik schon lange nicht mehr. Wir legen finanziell drauf. Oder noch klarer ausgedrückt: Wir bauen diese neuen Strassen mit Hilfe von Ausländern für immer mehr und neue Einwanderer. Denn eines ist auch klar: Die Zahl der einheimischen Bevölkerung stagniert!

«Freie Fahrt für freie Bürger», forderte mal eine Partei. Dies ist heute wegen der zunehmenden Übervölkerung unseres Landes unerfüllbar geworden. Abgesehen davon, dass mehr Autos nicht nur die Strassen verstopfen, sondern auch die Luft verpesten – mit all den enormen Kostenfolgen.

### S-Bahn-Verkehr bricht zusammen

Also ab auf die S-Bahn. Weit gefehlt! «Druckete» in der S-Bahn gehört heute zum Alltag. Massen von Leuten werden durch den Zürcher Hauptbahnhof geschleust. Weil wir (wer denn genau?) zu viele Menschen ins Land geholt haben und immer noch holen, respektive holen lassen, kommt auch die Bahn immer mehr an ihre Grenzen. Es braucht beispielsweise mehr Energie, um den Bahnausbau zu forcieren.

In unserem SD-Parteiprogramm steht dazu: «...je mehr Energie in ein System eingeführt, umso störungsanfälliger wird es.» In der Tat, es braucht eine kleine Strompanne oder einen Güterwagen, der entgleist, und das ganze zentralistisch geleitete System bricht zusammen – jeweils für mehrere Stunden. Wir sind schlicht und einfach zu viele Leute in unserem kleinen, begrenzten Lebensraum!



### Einwanderungsstopp jetzt!

Schuld an der Einwanderung und Übervölkerung sind die FDP, die CVP, die SP und die Grünen!

**Wählen Sie deshalb als Gegenkraft die Schweizer Demokraten ins Parlament!**

### Stehen im Bus von Uster

Also benutzen wir beispielsweise in Zürich das Tram, in Uster oder Dietikon den Bus oder in Dübendorf gar den Oeko-Bus. Auch hier stösst


Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 2 Bevölkerungs- und Bauwachstum in Winterthur?
- 3 Was am 11. September 2001 wirklich geschah!
- 4 Dieser Pensionsabbau ist unzumutbar!
- 6 Was wir zu verlieren haben!
- 8 Marktplatz
- 9 Verwandelte Schweiz – Verschandelte Schweiz
- 11 Aus den Kantonen

## «Winterthur» neu eingewandert

Fortsetzung von Seite 1

<b>Wahlen Winterthur</b> Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Widerstand führt zum Erfolg</li> <li>• Resignation endet im Chaos</li> <li>• Standhaftigkeit entscheidet</li> </ul>
<b>Darum nicht die Faust im Sack machen</b>
<b>Wählen Sie :</b>
<b>Schweizer Demokraten</b>
<div style="border: 1px solid black; border-radius: 50%; padding: 5px; display: inline-block;"> <b>Liste 10</b> </div>
<small>           Schweizer Demokraten            Winterthur            Sektion Winterthur            Postfach 2311 - 8400 Winterthur            PC-Konto 90-796518-5            www.Schweizer-Demokraten.ch         </small>

<small>Umweltbewusst deshalb gilt: Qualität vor Quantität</small>

man aber an die Grenzen. **Ein Sitzplatz kann nicht mehr immer garantiert werden.** Mit der Einwanderung kamen auch dubiose Gestalten ins Land. Busscheiben werden eingeschlagen, Sitzbänke verwüestet, viele (nicht alle!) Jugendliche machen den älteren Leuten nicht mehr Platz; Essen und Trinken im Bus gehört dazu (Abfallproblem). **Eigentlich ist es egal, wie wir uns fortbewegen, Menschenmassen auf den Strassen, Menschenmassen in der Bahn, Menschenmassen im Bus und Menschenmassen in der Innenstadt.** Überall begegnen wir dem gleichen Problem.

### Teure Wohnungen wegen der Einwanderung

Und all diese Menschen brauchen immer mehr Wohnungen und Häuser. Für Leute mit kleinen und mittleren Einkommen wird «das eigene Häuschen» zur Illusion! **Und auch die Wohnpreise wurden wegen oder dank der Einwanderung in den letzten Jahren massiv in die Höhe getrieben.** Ständig mehr Menschen müssen deshalb mit äusserst knappen Finanzmitteln leben. Und die Einkaufszentren schiessen nur so aus dem Boden. Erreichbar sind sie eben mit Bahn, Bus, Auto oder Tram – so toll ist das Einkaufsgefühl auch nicht mehr! Die Stadtzentren und die Dörfer leiden ständig mehr darunter. Das mittlere und kleine Gewerbe hat Existenzprobleme. Dies sind nur einige Folgen unserer ökonomisch, sozial und bevölkerungspolitisch falschen Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik. Abgesehen davon, dass sich immer mehr Menschen schlicht entwurzelt vorkommen und sich mit all den aus der Einwanderung resultierenden Problemen im Stich gelassen fühlen...

### Überfülltes Zürcher Triemli-Spital

Aber halt – wir brauchen doch die Ausländer in unseren Spitälern und Heimen. So tönt es immer wieder von den Regierungsparteien. Ja, es stimmt, es gibt immer mehr ausländisches Pflegepersonal und ausländische Ärzte in den Spitälern. Ich habe dies im Triemli-Spital in Zürich in den letzten Wochen selbst mitverfolgen können. Doch da beisst sich die Katze in den Schwanz. **Der Anteil ausländischer Pflegeleistenden und Ärzte liegt etwa bei 50 Prozent. Haben Sie schon einmal in die Betten geschaut? Der Anteil ausländischer Patientinnen und Patienten beträgt ebenfalls um die 50 Prozent! Eigentlich werden diese Medizinal-Leute ins Land geholt, um ihre eigenen Landsleute zu pflegen!** Mit einem Einwanderungsstopp bräuchten wir gar nicht so viele Ausländer in unserem Gesundheitswesen.

### Also SD wählen!

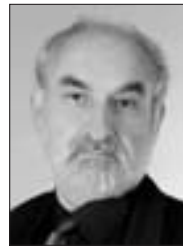
Hätte man nur früher auf uns gehört! Seit bald 50 Jahren fordern wir einen Einwanderungsstopp. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU muss deshalb ausser Kraft gesetzt werden. Die freiwillige Ausreise von Ausländern ist zu fördern. Und dann muss auch der Mechanismus gestoppt werden, wonach jeder Eingebürgerte wieder durch einen Neueinwanderer (mit Familiennachzug) ersetzt wird!

**Es ist darum dringend notwendig, die Stimmen der Schweizer Demokraten in den Parlamenten zu stärken! Die Einwanderung betrifft uns alle. Von Bund, Kantonen und Wirtschaft gesteuert, trifft es uns in der Gemeinde und im Quartier. Unsere SD-Parlamentarierinnen und SD-Parlamentarier nehmen Ihre Sorgen auf und bringen sie im Parlament zur Sprache.**

*«Ich würde es Euch (den Schweizern) nicht empfehlen, die Einwanderung aus primitiven Entwicklungsländern zu fördern!»*

*Helmut Schmidt, 1918, ehem. deutscher Bundeskanzler (SPD), im Interview mit zwei Journalisten in «NZZ-Standpunkte» am 10. Januar 2010 auf 3sat.*

## Bevölkerungs- und Bauwachstum in Winterthur



Marcel Stutz  
Gemeinderat SD  
Winterthur und  
Gemeinderats-  
kandidat

Seit langem beschäftigt mich dieses Thema, deshalb stöberte ich in Statistiken. Die Bevölkerung in Winterthur zählte **im Jahr 1989 87 330 Einwohner und Einwohnerinnen**, davon waren 17 293 Ausländer. In den Jahren 1989 bis 2008 wurden 3349 Einbürgerungen verzeichnet. **Ende 2008 zählte man in Winterthur 100 978 Einwohner und Einwohnerinnen**, davon waren 23 827 Personen Ausländer, dies ergibt einen Ausländeranteil von rund 24 Prozent. Würde man die erfolgten Einbürgerungen seit 1989 mit einbeziehen, wären es 27 Prozent, darin nicht miteinberechnet die Einbürgerungen bis 1989. Doch kann man davon ausgehen, dass diese Personen integriert sind.

In einem Bericht der Planungsziele aus dem Jahr 1978 ist Nachstehendes zu entnehmen:

*Bis Ende 1972 hat die Bevölkerung bis auf einen Höchststand von rund 94 700 Einwohnern ständig zugenommen. Seither hat sie abgenommen und betrug Ende 1977 noch 88 700 Einwohner, mit dazu beigetragen hat der Abzug ausländischer Arbeitskräfte in Zusammenhang mit der Rezession. Die Rückbildung des Geburtenüberschusses, der schon 1965 begann, hat sich weiter fortgesetzt. (Damals hatte die Rezession noch zu Gutem verholfen, da die Sozialindustrie noch nicht so ausgebaut war, wie heute.)*

Die im Bericht wiedergegebene Prognose der Bevölkerungsentwicklung lautete:

*Aufgrund der heutigen Bevölkerungsstruktur und des gegenwärtigen Trends muss damit gerechnet werden, dass die Bevölkerung der Stadt Winterthur auf dem Stand von 1977 verbleibt oder in bescheidenem Masse zurückgeht. Selbst wenn die Geburtenrate wieder ansteigen sollte, fehlt es an jungen Familien, damit eine entscheidende Änderung herbeigeführt werden könnte. (Die Entwicklung der Geburtenrate und junger Schweizerfamilien hat sich leider weiter nachteilig eingestellt, da es gewissen Kräften gelungen ist die tradi-*

tionelle Familiengesinnung ins Abseits zu stellen.) Interessant ist auch die damalige Aussage:

*Es ist jedoch möglich, dass sich die Zahl der Gesamtbevölkerung nach vorübergehender Reduktion erholen und bis zum Jahr 2000 wieder auf rund 90 000 Einwohner angewachsen wird. Dass sie bis dann aufgrund von Zuwanderungen (nicht ausschliesslich Ausländer gemeint) sogar wieder 95 000 Einwohner zählt, ist eher unwahrscheinlich.*

Leider ist die prognostizierte Unwahrscheinlichkeit eingetroffen, denn im Jahre 2000 wurden bereits 91 243 Einwohner in Winterthur registriert, wovon 21 588 ausländischer Nationalität waren, was auch damals schon rund 24 Prozent entsprach.

In der Schlussbemerkung zu den Planungszielen ist zu lesen:

*Wie eingangs festgestellt, basieren die vorstehenden Planungsziele auf Zielvorstellungen des Stadtrates vom Jahr 1972 unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Entwicklung. Sie bringen keine revolutionäre Kursänderung für die Zukunft der Stadt Winterthur; eine solche drängt sich auch nicht auf, nachdem bereits in der Vergangenheit eine geordnete Entwicklung möglich war.*

### Grosstadt, was nun?

Meines Erachtens hatte dieser Bericht noch etwas mit gesunder Wachstumsstrategie zu tun, doch leider kam es anders, denn eine angestrebte revolutionäre Kursänderung trat ein, im Jahre 2008 wurde die 100 000 Grenze überschritten, Winterthur war nun Grosstadt. Dies hat natürlich Auswirkungen auf die Landverschwendung, wie sich nachstehend abzeichnet. Gemäss Bauzonenentwicklung gab es im Jahre 1983 noch 667 ha nicht überbaute Fläche in der Gemeinde Winterthur; Ende 2006 waren es nur noch 176 ha, was pro Jahr einer verbauten Fläche von rund 22 ha entspricht. Wenn es so weitergeht, werden wir in Winterthur **im Jahre 2014 fertig gebaut haben**, und die nächste Rezession ist angesagt, da davon das Baugewerbe massiv tangiert wird, denn andernorts geht das Bauland auch zur Neige.

**Fazit: der kommenden Generation stehen schwierige Zeiten bevor, packen wir das Thema dennoch an, denn es ist bereits fünf nach zwölf!**



Johannes Rothkranz:

## «Was am 11. September 2001 wirklich geschah!»

Mit dem kläglichen Abgang des G.W. Bush, des amerikanischen Präsidenten, sind die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Hinterlassenschaften seiner verhängnisvollen, unsäglichen Amtszeit leider nicht aus dem Weltgeschehen verschwunden. Ein ebenso düsteres wie schwerwiegendes Relikt aus diesem folgenschweren Zeitabschnitt, aus seiner acht Jahre dauernden destruktiven Regierungstätigkeit, stellt sich heute, sicherlich anders, als von vermeintlichen arabischen Terroristen am **11. September 2001** begangen – als ungeheuerliches Staatsverbrechen heraus! Wir meinen damit die Anschläge auf die World-Trade-Center (WTC)-Türme in **Manhattan-New York**, sowie auf das in **Washington** befindliche **Pentagon**, auf das militärische Hauptquartier der USA am 11. September 2001.

In einem ungemessen akribisch und investigativ meisterhaft gestalteten, dickleibigen Buch nimmt sich der magister theologiae Johannes Rothkranz dieses, in seiner eigenen Wertung, als **eigentliches «Staatsverbrechen der US-Regierung»** bezeichneten makabren, hinterhältigen Anschlags an. Unter der grossen Anzahl der Publikationen über das schreckliche **Thema 9/11** sticht das hier besprochene Werk auf jeden Fall heraus – als meisterhafte, exakte Untersuchung. Es ist beweisdienlich bebildet und stellt sicherlich eine unüberseh- und unübergebar bleibende investigative Leistung zum vorliegenden Thema 9/11 dar. Dieses ist publizistisch noch sehr selten erwähnt worden und wird von der Medienwelt des **umwerfenden Inhalts** und der **sachlichen Beweisführung** wegen dennoch quasi auf der Seite gelassen und auch in Medienrezensionen praktisch übergangen.

Dieses Buch ist im Buchhandel erhältlich – wenn auch nicht überall! **«Was am 11. September 2001 wirklich geschah.»** (Taschenbuch mit 400 Seiten zum Preis von EUR 32.90). ISBN-10: 3938235411 oder ISBN-13: 978-3938235416 oder direkt beim Verlag Anton A. Schmid, Postfach 22, D-87467 Durach (Tel/Fax 0049(0)83121895).

Da der Zeilenraum in einer kleinen Zeitung natürlich begrenzt ist, konnte in dieser Rezension nur das Allerwesentlichste aus der bemerkenswerten Publikation von Johannes Rothkranz erwähnt werden. Der Rezensent weist alle Leserinnen und Leser auf **eigene**

*Lektüre des Werkes hin, da bei der Komplexität des kriminellen Geschehens ein tieferes Verständnis all der Zusammenhänge des welt-politischen Dramas 9/11 erst nach restlosem Begreifen der vielen Details möglich scheint. Wichtige erläuternde, ja bedenkliche, sogar schreckliche Einzelheiten mussten aus verschiedenen und verständlichen Gründen wegfallen.*

### Wenn sich ein sogenannter Rechtsstaat zum Unrechtsstaat entwickelt...

Nach dieser schwierigen und zugleich bedenklichen Lektüre wird dem Leser bestürzend schnell bewusst, dass die offiziellen Darstellungen aus Regierungs-, FBI- und CIA-Berichten völlig abstrus, verlogen und ablenkend gehalten sind, ja, dass es sich bei den bis heute aufrecht erhaltenen Versionen aus Regierungsstellen um lange vorbereitete Machenschaften eben dieser US-Regierung, hinter angeblichen «Verschwörungen» des sorgfältig aufgebauten Popanz Bin Laden, eines ehemaligen CIA-Mitarbeiters(!), bzw. der Al-Qaida, handeln müsse!

Die amerikanische Regierung habe den Plan einer gewaltigen, zur Schau gestellten Sabotage schon im Jahre 1962 ins Auge gefasst, als es darum ging, gegen Fidel Castro offensiv vorzugehen.

Seit dieser Zeit seien nachweislich hintereinanderfolgende verschiedene, probeweise inszenierte Sabotageversuche grossen Stils – z.B. anlässlich der Bombenexplosionen von 1995 in Oklahoma oder etwa beim ersten WTC-Anschlag **1993 inzeniert** worden. Laut Verfasser Johannes Rothkranz verfolgten die US-Regierungsstellen mit diesen Sabotageübungen **nur ein Ziel**, nämlich mittels der schliesslich letzten Anschläge vom 11. September 2001, die man nun den islamistischen Terroristen in die Schuhe schob, die amerikanische und Welt-Öffentlichkeit in radikalster Weise auf die offensiv eingeleiteten US/israelischen Kriegsakte im Irak (1991/2003), in Afghanistan (2001), im Libanon (2006) und in Gaza (2008) **vorzubereiten** und sie davon **positiv zu überzeugen und dafür zu gewinnen**. Bekanntlich ist dies ja lange Zeit G.W. Bush und seinem Anhang ausserordentlich gut gelungen: Terrorismuskonstruktionen sind zahlreich und «up-to-date»!

Rothkranz unterscheidet in seinen kriminologischen Recherchen



zum Anschlagsszenarium auf die beiden WTC-Türme **sehr lange vor dem Tatvollzug vorbereitete minutiös eingeübte, von höchsten Stellen** unterstützte Sabotageakte auf **vier Tatortebenen:**

1. **Cleveland (Ohio)**
2. **Shanksville/New Baltimore (Pennsylvania)**
3. **WTC-Türme (New York)**
4. **Pentagon (Washington)**

#### 1. Tatort: Cleveland (Ohio)

Dort wurden auf dem Flughafen auf äusserst raffinierte und eingespielte Weise **vier** von verschiedenen Flughäfen gestartete grosse **handstreichartig gekaperte, mit geheimdienstlich gestellten Piloten versehene** Verkehrsflugzeuge zur «Notlandung» gezwungen.

#### Vorgabe: Terroristenprävention!

Die Landung dieser vier mit relativ wenigen Passagieren besetzten Maschinen erfolgte sogar «regulär» nach Flugplan, gleichzeitig koordiniert zwischen neun Uhr und neun Uhr dreissig vormittags. Rund 260 Passagiere wurden aus «Sicherheitsgründen» in grosser Eile aus dreien der Maschinen in die vierte «umgeladen», welche alsbald auf 12 000 Meter Dienstgipfelhöhe stieg und über dem

#### 2. Tatort: Shanksville (Pennsylvania)

...von einem amerikanischen Abfangjäger abgeschossen(!) wurde. Das roch doch nach Al-Qaida! Die auf diese praktische Art ermordeten Passagiere wurden bei New Baltimore von den eingeweihten Geheimdiensten raschestens **zum Verschwinden** gebracht, der Absturzort abgeriegelt. Auf diese einfache Weise wurden unliebsame Zeugen der «Flugzeugentführung» beseitigt. Die drei jetzt unbesetzten Verkehrsmaschinen flogen umgehend nach unbekanntem

Zielen weiter und sind seitdem spurlos verschwunden – Auftrag ausgeführt!

#### 3. Tatort: WTC-Türme (New York)

Zwei speziell präparierte Boeing 767, die den in Cleveland gelandeten Maschinen natürlich bis ins Letzte gleichen mussten, wurden menschenleer (d.h. auch ohne arabische Amateurpiloten!) und ferngesteuert, mit Kerosin vollgeladen, in die beiden WTC-Türme gejagt. Man wollte der eigenen und den ausseramerikanischen Nationen die Bilder eindrucksvoller Feuerbälle und von «Sabotagebränden» – vorgesehenermassen – nicht vorenthalten: Das war doch der überzeugendste «Nachweis» der gemeinen Sabotage durch Al Qaida! Nun, diese Flugzeuge hätten niemals vermocht, die äusserst soliden, stabilen Türme zum Einsturz zu bringen. Das besorgten die lange vorher in die Türme eingelagerten Sprengstoffladungen, welche aus geheimer Steueranlage im 23. Stockwerk des benachbarten WTC-Turmes Nummer sieben, dicht neben den beiden brennenden WTC-Türmen, gezündet worden waren. 3000 Menschen verloren dabei bekanntlich das Leben. Diese gesteuerten Explosionen wiesen ja wiederum bedenklich **auf Al-Qaida-Perfidie** hin!

#### 4. Tatort: Pentagon (Washington)

Ein Marschflugkörper (cruise missile) traf unterdessen, entgegen eines von US-Amtsstellen behaupteten grossen Verkehrsflugzeuges, wedge one (Keil 1) im fünfeckigen Verteidigungsministerium, eben dem Pentagon. Dabei wurden Raketen abgefeuert, die im wedge five (Keil 5) durch Sprengwirkung und grosse Feuersbrunst rund 200 dort

Fortsetzung Seite 4

# Dieser Pensionsabbau ist unzumutbar!



Ueli Brasser,  
Gemeinderat,  
SD-Zentralpräsi-  
dent, Zürich

**Am 7. März 2010 dürfen wir Stimmberechtigten über die Senkung des Renten-Umwandlungssatzes abstimmen – dies auch dank uns Schweizer Demokraten, welche das erfolgreiche Referendum tatkräftig mitgetragen haben.**

Zusammen mit der AHV und der Pensionskasse sollen alle im Alter «die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise» fortsetzen können. So steht es in unserer Bundesverfassung. Dieser Grund-

## «Was am 11. September 2001 wirklich geschah!»

Fortsetzung von Seite 3

arbeitende beamtete Spezialisten gezielt töteten. Diese Leute sollten den «**grössten Unterschlagungs-skandal der Weltgeschichte**» (Zitat Joh. Rothkranz) in der Höhe von 2,3 Billionen US-Dollars (2300 Milliarden!) «**untersuchen**» und zum **Verschwinden bringen!** Mit den getöteten Staatsbeamten zusammen verbrannten sämtliche Unterlagen dieses monströsen **staatlichen Betrugsfalles – nach Plan!** Die vier **Tatortebenen** bilden demnach, zusammengenommen, **das Staatsverbrechen des beginnenden 3. Jahrtausends.** Die Beweise zu all diesen staatlichen «Gangstermetzeleien» sind verheerend klar. Man möchte nicht in den Schuhen des verantwortlichen Präsidenten stecken!

## Bloss «Futter» für die Medien und die öffentliche Meinung?

Es erfolgte eine «kontrollierte Sprengung» (Frage: Gleich zwei Passagiermaschinen gelang es, exakt in den oberen Teil eines jeden Turmes hineinzufliegen, und beide Türme fielen in der Folge total in sich zusammen?). Die Realität ist doch: Die in die beiden WTC-Türme gejagten zwei Flugzeuge dienten bloss als **spektakuläre Camouflage**, als kriegstreibendes Spektakel! Es setzte mit «**Kommentaren**» des amerikanischen Medienverbundes und der US-Regierung, für die USA und die übrige Welt be-

satz wird nunmehr durch die beabsichtigte Pensionskürzung bedroht. Im Gegensatz zur SVP, welche sich in dieser Frage ins Lotterbett mit der sattsam bekannten Grosskapitalistenvereinigung «Economiesuisse» legt, wehren sich die SD – als soziale Heimatpartei – entschieden gegen den geplanten Pensionsabbau. Denn: **Eine Rentensenkung ist unzumutbar und ein Leben in Würde im Alter nicht mehr gesichert.**

## Wir alle wären von der Senkung der Pension betroffen:

– Leute mit tiefen und mittleren Einkommen, die nur im Rahmen der gesetzlichen Mindestvorschriften des BVG versichert sind, benötigen die monatliche Rente für den täglichen Bedarf. Ihre Kaufkraft darf nicht weiter sinken.

stimmt, eine sehr massive und penetrante «**Aufklärung**» zur umfassenden Desinformation und Ablenkung von den tatsächlichen Geschehnissen ein... Es lohnt sich in jedem Fall, dieses aussergewöhnliche Buch von Johannes Rothkranz näher unter die Lupe zu nehmen!

Theo Häusermann, Basel

## Anmerkung der Redaktion:

Nicht wenige Leser der obigen Rezension werden sich fragen – Wahrheit oder absurde Vorstellungen, dies Alles? Bekannt ist auch, welcher (gewaltsamen) Politik der US-Präsident G.W. Bush nach diesem «Angriff auf die USA» den Weg geebnet hat und warum? In Kuwait, im Irak, in Afghanistan und anderswo ging es nie um Menschenrechte und/oder Gerechtigkeit, sondern um Macht, Ressourcen und viel Geld! Den braven und folgsamen Bürgern in den USA, wie auch in Europa, werden von den Mächtigen dieser Welt «Informationen» präsentiert, die nie und nimmer den wahren Gegebenheiten entsprechen.

**Wir alle müssen lernen, kritisch mit politischen Informationen in den Medien umzugehen, denn immer wieder will man uns ein X für ein U vormachen!**

Glaubt wirklich jemand, dass alle US-Präsidenten Gutmenschen gewesen waren oder noch sind? Bei Politikern in der ehemaligen Sowjetunion oder im heutigen Russland sieht es nicht viel besser aus. Letztere Aussage darum – um darauf hinzuweisen, dass wir nicht auf einem Auge blind sind!



– Leute mit mittleren und höheren Einkommen sind in der Regel besser versichert, als dies das gesetzliche Minimum vorsieht. Weil der Mindestzins und der Mindestumwandlungssatz für den überobligatorischen Bereich nicht gelten, haben die Pensionskassen in diesem Bereich bereits in den letzten Jahren massiv gekürzt. Wenn der Umwandlungssatz nun auch noch im obligatorischen Bereich gekürzt wird, zahlen die Versicherten doppelt!

– Auch aktuelle Rentnerinnen und Rentner sind auch aus guten Gründen gegen den jüngsten Pensionsabbau: Wenn wir die heutige Senkung der Pension von zukünftigen Rentenbezüglern nicht verhindern können, werden wir morgen die Renten der aktuellen Rentnergeneration nicht verteidigen können!

## Kein Pensionsabbau auf Vorrat

Die Renten der Arbeitnehmenden wurden in den vergangenen Jahren bereits mehrmals gesenkt. 2003 beschloss das Parlament in Bern – auch mit Zustimmung der SD – im Rahmen der 1. BVG-Revision, den Umwandlungssatz bis zum Jahr 2014 schrittweise von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent zu senken. Die damalige Begründung: Die zunehmende Alterung der Bevölkerung mache eine Anpassung notwendig. Wir wehren uns aber dagegen, dass jetzt – nach erfolgter Anpassung der Renten an die verlängerte Lebenserwartung – mit der genau gleichen Begründung die Renten auf Vorrat weiter gesenkt werden. Ebenfalls 2003 wurde der Mindestzinssatz für die Verzinsung des Altersguthabens von 4 Prozent auf 3,25 Prozent und ein Jahr später sogar auf 2,25 Prozent gesenkt. 2009 und 2010 beträgt der Mindestzinssatz gar nur noch 2 Prozent. Als Begründung wurde jeweils die schlechte Situation an den Kapitalmärkten angeführt. Aber während den Jahren, als die Börse hohe Renditen einbrachte, wurde der Mindestzinssatz nicht angehoben. Damals argumentierten die Versicherungsgesellschaften, dass der Mindestzins ja auch

in Situationen bei tieferer Rendite gelte. Sobald die Renditen dann sanken, vergassen die Versicherer diese Begründung wieder und setzten eiskalt eine Herabsetzung durch.

## Drastischer Rentenklau – auch durch die SVP sanktioniert

Nun wollen die Politiker von FDP, CVP und SVP die Pension schon wieder senken. Die Folgen der erneuten Absenkung des Umwandlungssatzes wären einschneidend: Würde die Gesetzesänderung angenommen und der Umwandlungssatz bis 2015 statt auf 6,8 %, nun auf 6,4 % gesenkt, dann hätte dies beispielsweise folgende Auswirkungen:

- Ein 36-jähriger Mann, der heute monatlich 6000 Franken verdient, würde nach der Pensionierung im Durchschnitt 51 600 Franken verlieren.
- Eine 50-jährige Frau, die heute monatlich 5800 Franken verdient, würde nach der Pensionierung 36 900 Franken verlieren.
- Eine 26-jährige Frau, die heute monatlich 5000 Franken verdient, würde gar 62 200 Franken verlieren.

Der gesamte Pensionsverlust beläuft sich also bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung auf mehrere zehntausend Franken. Die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner werden darum Monat für Monat spürbar weniger Geld im Portemonnaie haben, als sie ursprünglich erwarten durften. Im Internet können Sie unter [www.rentenklau.ch](http://www.rentenklau.ch) ihren Pensionsverlust selber nachrechnen.



## Unter Einbezug des Mindestzinses: Mehr als ein Drittel weniger Pension!

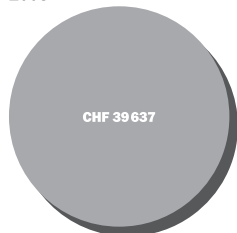
Halten wir uns gleichzeitig vor Augen, dass nicht nur der Umwandlungssatz gesenkt, sondern auch



**Rentenklau: -39%**

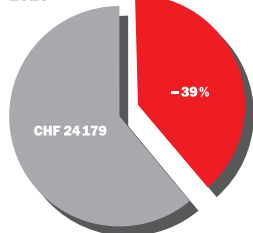
**Arbeitnehmenden mit einem monatlichen Durchschnittslohn von 6000 Franken und 40 Beitragsjahren wurde bis anhin bei der Pensionierung eine BVG-Rente von 3300 Franken im Monat versprochen. Gemäss den Abbauplänen der bürgerlichen Politiker sollen wir in Zukunft nur noch 2000 Franken pro Monat erhalten!**

2003



**BVG-Rente bei 4% Mindestzins-  
satz und Umwandlungssatz 7,2%**

2015



**BVG-Rente bei 2% Mindestzins-  
satz und Umwandlungssatz 6,4%**

Die Berechnung im Detail: Für die Modellrechnung wurde für die Vergangenheit die durchschnittliche Lohnentwicklung zugrunde gelegt, für die Zukunft eine Lohnerhöhung von jährlich 3 Prozent (Teuerung und Realloohnerhöhung). Der Koordinationsabzug wurde jährlich um 2,5 Prozent erhöht. Die Mindestverzinsung erfolgt bis 2010 gemäss dem vom Bundesrat festgelegten Mindestzins, für die Zukunft wurde defensiv 3,5 Prozent Verzinsung angenommen. Für die Lebenserwartung nach dem Rentenbeginn wurden für Frauen 22 Jahre und für Männer 18 Jahre angenommen. Da sämtliche Annahmen zurückhaltend sind, dürfte der effektive Rentenklau noch einiges höher liegen.

der Mindestzins reduziert wurde: Somit wird der Pensionsabbau noch gigantischer. Die Renten würden um mehr als ein Drittel sinken!

### Ungerechtfertigte Panikmache mit der Lebenserwartung

Im Jahr 2003 beschloss das Parlament, den Umwandlungssatz bis 2014 schrittweise zu senken, um so die steigende Lebenserwartung auszugleichen. Jetzt wollen die Versicherer die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner nochmals für dasselbe «bluten» lassen. Ohne uns Schweizer Demokraten! Wesentlich für die Berechnung des Umwandlungssatzes sind zwei Punkte:

**Erstens:** Die durchschnittliche Lebenserwartung der Versicherten zum Zeitpunkt der Pensionierung. Für die Zeit von der Pensionierung bis zum Tod muss das angesparte Alterskapital reichen.

**Zweitens:** Die zu erwartende Rendite auf dem Sparkapital. Das Geld wird nur nach und nach ausbezahlt. Das noch nicht als Rente ausbezahlte Geld legt die Pensionskasse Gewinn bringend an.

In beiden Punkten malten die Versicherer bewusst schwarz, um den Umwandlungssatz senken zu können. Kein Wunder: Je tiefer der Umwandlungssatz ist, desto mehr Geld bleibt beim Tod des Rentners oder der Rentnerin im Durchschnitt übrig und umso höher sind die Gewinne der Versicherungsgesellschaften.

**Zur Lebenserwartung:** Mit dem Verweis auf die steigende Lebenserwartung wird der Umwandlungssatz seit 2005 und bis 2014 in

mehreren Schritten von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent abgesenkt. Dies hat das Parlament 2003 beschlossen. Der Alterung der Gesellschaft ist mit dieser Gesetzesrevision bereits genügend berücksichtigt. Trotzdem wollen die Versicherer jetzt die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner nochmals für das Gleiche bezahlen lassen.

### 68 Milliarden für die Banken, nichts für die Renten der Arbeitnehmenden

Als die Finanzblase platzte, warf die Schweiz rasch 68 Milliarden Franken auf, um die Verluste der UBS aufzufangen. Die Verluste der Pensionskassen hingegen sollen die Arbeitnehmenden vollumfänglich selber tragen. Dagegen wehren wir uns mit dem Referendum. Auch mit dem Segen der SVP machte die bürgerliche Mehrheit in Bundesrat und Parlament fast über Nacht eine folgenschwere Kehrtwende: Bisher lehnten sie Staatsinterventionen strikt ab und klagten bei jeder Gelegenheit über die hohen öffentlichen Staatsausgaben. Doch als die Schweizer Banken wankten, zauberten Bundesrat und die Nationalbank im Herbst 2008 rasch 68 Milliarden Schweizer Franken aus dem Hut, um der UBS ihre Schrottpapiere abzunehmen.

Doch dann war es schon wieder fertig mit der Grosszügigkeit. Als bei den Pensionskassen, die ihr Geld zum Teil mit den gleichen riskanten Spekulationen wie die Grossbanken in den Sand gesetzt haben, die Kapitalerträge zurückgingen, hat die Versicherungslobby im

Parlament sofort die Senkung des Umwandlungssatzes durchgepeitscht. Das heisst: Die Verluste der UBS bezahlte der Staat. Die Verluste der Pensionskassen hingegen sollen nach dem Willen des Parlaments und der Versicherungslobby die Arbeitnehmenden mit einer Rentensenkung tragen.

### Keine Verschärfung der Krise!

Das akzeptieren wir nicht! Darum haben u.a. die SD, zusammen mit der Lega dei Ticinesi und dem Mouvement des Citoyens Genevois, das Referendum gegen die Senkung des Umwandlungssatzes ergriffen. Die Referendumsträger haben zudem vom Bundesrat verlangt, dass er die Bestimmungen über die Sanierungspflicht von

Pensionskassen aussetzt. Bundesrat und Parlament sind darauf nicht eingegangen. Damit finanzieren die Beschäftigten schon bezahlte Beiträge ein zweites Mal mit zusätzlichen Lohnabzügen. Diese unnötige Schwächung der Kaufkraft ist nicht nur ungerecht für die Arbeitnehmenden, sondern Gift für die Konjunktur und schwächt ausgerechnet in Zeiten der Krise die Binnennachfrage.

**Wir Schweizer Demokraten fordern eine Pension, die uns allen im Alter ein Leben in Würde garantiert. Damit die Arbeitnehmenden nicht noch einmal für die Krise zahlen müssen, braucht es jetzt ein kräftiges Nein gegen den Pensionsabbau!**



Mohammed Amin al-Husseini, Grossmufti von Jerusalem, vor einer bosnischen Freiwilligentruppe im Zweiten Weltkrieg.

(Quelle Nation Europa)

## Falsches «Antinazi»-Argument!

Im Nachgang zur Antiminarett-Initiative konnte man wieder einmal hören und lesen, diejenigen, welche für das Volksbegehren gestimmt hätten, seien «Nazis», die den Rechtsstaat nicht achten würden. Solche Leute beweisen jedoch nur eines, nämlich dass sie die Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht kennen. Adolf Hitler und die deutschen Nationalsozialisten waren keine Antisemiten, sondern Judenfeinde, was nicht dasselbe ist. Hitler war sogar ein ausgesprochener Islam-, Araber- und Türkeifreund! Die Araber sind das grösste semitische Volk. Der Vorwurf des Antisemitismus trifft also trotz des falschen Sprachgebrauchs voll daneben. Der Grossmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, genoss in Deutschland während des ganzen Zweiten Weltkrieges Asyl. Er durfte sogar eine Truppe von bosnischen Freiwilligen, jugoslawischen Muslimen aufstellen, die allerdings nicht mehr zum Kriegseinsatz kam. Einen zweiten

Hinweis bildet der Bau der so genannten Bagdad-Bahn. Pläne und Beginn erfolgten zwar noch unter Bismarck, aber vollendet wurde sie erst 1940, mitten in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes! Die Deutschen wollten damit der damaligen Kolonialmacht im Irak, Grossbritannien, schaden und einen Keil ins britische Imperium schlagen. Die Türkei blieb fast während des ganzen Zweiten Weltkrieges neutral und erklärte erst kurz vor dessen Ende, als der internationale Druck unerträglich wurde, dem Grossdeutschen Reich den Krieg.

Die Türkeifreundlichkeit der Nationalsozialisten schuf auch die besten psychologischen Voraussetzungen für die Anheuerung türkischer Fremdarbeiter durch deutsche Unternehmer nach dem Krieg. Die Weltgeschichte ist eben nicht so einfach, wie es die Schwarzweissmaler gerne hätten!

Jean-Jacques Hegg,  
a. Nationalrat

# Was wir zu verlieren haben!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

**Noch sind wir nicht unter dem Diktat von Geheimgesellschaften – so glauben wir wenigstens! – Nach dem unsäglichen Beschluss des Ständerates Boni und Saläre der Spitzenmanager nicht zu beschränken, kommen einem allerdings Zweifel. Das offenbar werdende Sündenregister der beiden Grossbanken und ihr neuerliches Tun, sind nicht dazu angetan, an die Sauberkeit der Führungseliten zu glauben.**

Im Beobachter 15/2009 publizierten Martin Vetterli und Helmut Stalder einen ausführlichen Artikel unter dem Titel «Der Preis des Alleinganges» und meinten damit unsere bisherige Weigerung der EU beizutreten. Darin versuchen sie zu beweisen, dass der bilaterale Weg zwar ein schlauer Ausweg aus einer politischen Patt-Situation war, uns jedoch schliesslich in eine heillose Abhängigkeit von der EU führe ohne Mitwirkungsmöglichkeiten bei der politischen Willensbildung. Dabei vergessen sie allerdings zu beweisen, dass die andern Kleinstaaten in eben dieser EU wirklich etwas zu bewirken vermögen. Wie man auch mit Mitgliedern umspringt, haben die Österreicher bitter erfahren müssen, als das Volk nicht «weisungsgemäss» wählte. Und der sperrige Chef der FPÖ ist bekanntlich zwischenzeitlich auf höchst merkwürdige Weise tödlich verunglückt. Auf eine Art, die in der Tradition anderer höchst merkwürdiger «Unglücksfälle» unbotmässiger Vertreter des öffentlichen Lebens steht.

Nicht ganz zu Unrecht befürchten sie, wir würden ohne wirkliche Freunde, aber umgeben von Neidern – zum einflusslosen Nachvollzieher der Erlasse von Brüssels Gnaden – werden. Der heute schon offensichtliche Souveränitätsverlust ist jedoch primär eigenes Verschulden, weil sich das Volk und das Parlament unter dem Druck des zunehmend schlimmer manipulierenden Bundesrates (und seinen spin-doctors) zu selbstschädigenden Beschlüssen hinreissen liess und lässt. Ich denke da etwa an die erleichterte Einwanderung

gemäss dem Schengen Abkommen, die verschiedenen Freihandelsabkommen, die wirtschaftliches Wachstum für bestimmte Zweige der Volkswirtschaft fördern, gleichzeitig aber unsere Volkswirtschaft einseitiger und damit abhängiger werden lassen, das Cassis-de-Dijon-Prinzip, das – sofern es in Kraft tritt – der gewerblichen Landwirtschaft den Todesstoss versetzen und die hemmungslose Übernutzung unseres Bodens und unserer Wasservorräte sozusagen legalisieren wird.

## Wo liegen die tieferen Ursachen der Bedrohung?

Ich sehe drei grundlegende Ursachen für die Fehlentwicklungen:

1. Der Irrglaube, Dauerwachstum sei möglich, ja unabdingbar für das Funktionieren unseres Systems.
2. Der verhängnisvolle Irrglaube, die USA und die EU würden aus altruistischen Gründen handeln und somit das Wohl unseres und aller andern Völker zur Leitlinie ihrer Politik machen.
3. Der wahrhaft naive Irrglaube, das «Böse» sei in unserer Welt auf dem Rückzug und damit die Verkennung der diabolischen Einflüsse, die von der Hochfinanz und von Geheimgesellschaften ausgehen. Damit wird der Wille zur Beherrschung aller Völker dieser Erde heruntergespielt und den zahlreichen Lakaien der «one world»-Ideologen weitgehend freie Bahn für ihr Tun geschaffen.

**Zu 1.)** Es ist unglaublich, dass nach vier Jahrzehnten Informationsarbeit die führenden Leute in Politik und Wirtschaft noch immer an einem System festhalten, das nur bei Dauerwachstum funktionieren kann. – Im materiellen Bereich führt jedoch jedes exponentielle Wachstum nach relativ kurzer Zeit in einen Zusammenbruch. Da in unserem übersichtlichen Land die «Zeichen an der Wand» des nahenden Zusammenbruchs nicht mehr zu übersehen sind, besteht die Hoffnung, resp. die Möglichkeit, dass die verantwortlichen Menschen hier die Notwendigkeit des Umdenkens/Umschwenkens auf ein dynamisches Gleichgewicht erkennen und die notwendigen Massnahmen einleiten. Rein sachlich ist dies in einer Volkswirtschaft mit «nur» 7,5 Mio. Menschen mit weniger sozialen Spannungen und Verwerfungen mög-



Die Finanzkrise hat Tausende um ihren Arbeitsplatz gebracht. Die Arbeitsämter haben wieder Hochbetrieb.

lich als in einem «Moloch» mit 495 Mio. Menschen (EU) oder 1,3 Mia. (China).

## Trotzdem ist dieses Umschwenken nur möglich, solange wir in voller Souveränität über die notwendigen Massnahmen entscheiden können.

Freie Wanderung der Arbeitskräfte, unkontrollierter Kapitalverkehr und ungehindertes wirtschaftliches Wachstum können mit Sicherheit nicht länger toleriert werden, da diese die notwendigen Steuerungen verunmöglichen. Die weitere Annäherung oder gar der Beitritt zur EU müsste uns zwangsläufig der Möglichkeiten berauben – neuer Einsichten gemäss – zu handeln. Dies umso mehr als die EU von gewissen Kreisen beherrscht wird, die nur ein Ziel – Eigeninteresse – kennen. Das langfristige Wohl des Volkes ist ihnen schnorzegal!

**Zu 2.)** Immer wieder wird das Märchen kolportiert, die EU sei dem Willen entsprungen, auf dem europäischen Kontinent nach dem Elend des Zweiten Weltkrieges jegliche weitere kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Wenn dabei behauptet wird, die Schuld für diesen schrecklichen Krieg treffe allein das deutsche Volk, so ist das eine Lüge, die zum Himmel stinkt.

Ein kurzer geschichtlicher Hinweis: Bei der Versailler «Friedenskonferenz» von 1919 wurden eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die zum Zweiten Weltkrieg führen mussten. Die immensen Reparationszahlungen verunmöglichten jegliche wirtschaftliche Erholung. Das aber entsprach dem Plan der

Vertreter gewisser Kreise (z.B. des Round Table). Das wirtschaftliche Chaos brauchte dann eine Lösung und diese Lösung hatte einen Namen: Adolf Hitler. Bis in die Mitte der Dreissiger Jahre wurden die Nazis von der Wall Street und der City of London finanziert!

Abgesehen vom völkerrechtswidrigen Balkankrieg spiel(t)en grosse Staaten der NATO eine verhängnisvolle Rolle als Bestandteil der NATO (Kriege im Irak, in Afghanistan, in Somalia usw.) und als Mitwirkende im Spiel der «Willigen» in der US-Hegemonialpolitik (1. Golfkrieg; Destabilisierung der GUS-Staaten; Palästina-Konflikt; Bedrängung des Iran usw.). Nicht zu vergessen ist der Umbau des Verteidigungsbündnisses NATO in eine aggressive Weltpolizei seit Mitte der 90er-Jahre.

Unsere Zugehörigkeit über die PfP (partnership for peace) ist deshalb mehr als fragwürdig geworden.

## Der wertvollste Beitrag der Schweiz für den Frieden, unsere Disponibilität für Verhandlungen zwischen verfeindeten Staaten oder die Übernahme diplomatischer Vertretungen (USA/Iran) ist aufs Schwerste gefährdet, wenn wir uns in die Front der Imperialisten einbinden lassen (PfP; militärischer Einsatz gegen Piraten im Golf von Aden, usw.)

Zur Zeit wird zudem immer klarer, dass die gewissen Kreise, die vor allem in der angelsächsischen Welt eine wichtige Rolle spielen, eine Weltregierung anstreben.

Einige Hinweise über die Schritte, welche die Völker «handzahn» machen sollen, müssen an dieser Stelle genügen.

– **Organisation der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, welche über gigantische Verluste der Völker bei gleichzeitiger Bereicherung der Hochfinanz einen Zustand der Hoffnungslosigkeit für Hunderte von Millionen Menschen schafft.**

## – Aufbau von Angst-Szenarien

• **vor dem Einsatz von Atomwaffen durch Schurkenstaaten** – wobei die Schurkenstaaten stets die andern sind!

• **vor Pandemien, wie die Vogelgrippe und/oder die Schweinegrippe**, die ihren wahren Charakter durch den geplanten Impfzwang, z. B. mit Tamiflu aufzeigen und vor allem zu einem wunderbaren Geschäft für die pharmazeutische Industrie werden;



- vor einer Klimakatastrophe, die angeblich von den Menschen verursacht werde;
  - vor der Notwendigkeit, Mikrochips einpflanzen zu lassen, um uns vor den bösen Terroristen zu schützen und als Informationsquelle für die Notfallärzte, Arbeitgeber und Versicherungen;
  - usw., usf.
- die fast automatisch zu Hass-Reaktionen und damit zu Kriegen und Elend führen.

Im Buch «Das grösste Geheimnis» von David Icke lesen wir zu dieser Thematik (Zitate):

*Die Europäische Union ist ein Projekt der Bruderschaft, an dem all die altbekanntesten Namen beteiligt sind. Winston Churchill schrieb 1930 einen Artikel für die «The Saturday Evening Post» mit dem Titel: «Die Vereinigten Staaten von Europa». Einige Jahre später trug er seinen Teil dazu bei, um die Welt in einen Krieg zu stürzen, der zur Verwirklichung dieses Projektes führte.*

*Der Kongress der Vereinigten Staaten verabschiedete sieben Resolutionen zur politischen Vereinigung Europas. In einer von ihnen stand: «Die Schaffung eines vereinten Europas muss als wichtiger Schritt in Richtung auf die Schaffung einer vereinigten Welt angesehen werden.»*

Seit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsunion wurde alles unternommen, damit diese sich zu dem zentralisierten faschistischen Staat entwickelt, als der sie geplant war.

*«Das Ziel ist, sämtliche autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden.»*

Auf diesem Weg sind wir sehr weit vorangeschritten wie die aktuellen Vorgänge um den Lissaboner Vertrag beweisen und wie die völlig fehlende Bereitschaft immer von Neuem aufzeigt, Volksentscheide, die die Entwicklung zum Einheitsstaat bremsen könnten, zu akzeptieren.

Aufs Höchste alarmierend ist die Feststellung, dass zurzeit in den USA und in der EU Isolationslager und spezielle Einsatzkräfte vorbereitet werden, um unruhige Bürger «ruhig» stellen zu können. Die Aktionen der Milchbauern von Mitte September in der Schweiz und vor allem in Brüssel zeigen, dass der Spannungspegel in der Bürgerschaft steigt. Ebenso klar ist, dass die Drahtzieher im Hintergrund nicht daran denken, ihre Pläne zur

Beherrschung aller Völker zu revidieren.

Gleichzeitig laufen überall die Bestrebungen, die Völker zu entwaffnen (– angeblich zum Schutz vor kriminellen Akten –), resp. umfassende Register über den Waffenbesitz zu erstellen (= die Voraussetzung zu schaffen, um die Bürger rasch entwaffnen zu können).



*Der Überwachungsstaat ist auf dem Vormarsch.*

**Damit wird die Verteidigungsfähigkeit der Bürgerschaft massiv eingeschränkt!**

**Noch haben wir die Ordonanzwaffen und Munition in (fast) jedem Soldaten-Haushalt. Das ist ein Schutz des Individuums gegenüber einem faschistischen Grossstaat. Gerade gegenwärtig ist das Schweizervolk daran, sich selbst zu entmannen! Ein schlechtes Omen für die Bewältigung kommender Bedrohungen der Freiheit!**

Noch ein Wort zu den «hohen Idealen» der USA. Im bereits erwähnten Buch von David Icke lesen wir:

*Wenn man, wie die Rothschilds die Medien und die Börse kontrolliert, dann ist Geldverdienen ebenso ein Kinderspiel wie Kriege anzetteln. Es geht immer nur darum, die totale Kontrolle über die Welt zu erringen.*

**Zu 3.) Wir benehmen uns naiv, wenn wir die Existenz der im grossen Stil manipulierenden «gewissen Kreise» nicht ernst nehmen.**

Ich erlaube mir, an dieser Stelle weitere Zitate aus dem oben genannten Buch zu präsentieren:

*Die zentralisierte Kontrolle der globalen Politik, der Industrie, der Banken, des Militärs und der Medien macht enorme Fortschritte. Das können wir jetzt an den zahlreichen Fusionen riesiger Banken und Industriekonzerne erkennen oder an der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, der Welt handelsorganisation und den zahlreichen anderen globalen Institutionen, wie der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds und den G-7-/G-8-Gipfeln.*

**Uns droht ein globaler faschistischer Staat, also das Gegenteil des**

**demokratisch, freiheitlichen, föderalistischen Staates mit dem Subsidiaritäts-Prinzip.**

Wie gefährlich die Entwicklung ist, möchte ich an zwei aktuellen Beispielen aufzeigen.

### 1. Der Überwachungsstaat auf dem Vormarsch!

Die Auseinandersetzungen wegen der Pflicht zur Impfung gegen die Blauzungen-Krankheit beim Rindvieh und der generellen Kennzeichnung der Hunde mit unter dem Fell implantierten Chips sind allgemein bekannt. Weniger bewusst ist es uns allen, dass energisch an der Kennzeichnung aller Menschen gearbeitet wird.

Doch nicht nur das:

**Beim deutschen Patentamt in München ist ein Patent zur Überwachung und zur Tötung der Menschen per implantiertem Chip angemeldet. Dieser Chip soll mit einer sogenannten «Strafkammer» versehen sein, die einen hochtoxischen Stoff enthält. Dieser soll durch Funkbefehl über Satellit freigesetzt werden können und damit die Person töten. Bereits wurde aus höchster Amtsstelle verkündet, dass es keine überwachungsfreie Räume mehr geben dürfe, auch nicht zum Schutz der Privatsphäre. Generelle Abhörmöglichkeiten, die direkte Einflussnahme auf alle Geräte mit elektronischer Steuerung und sogenannt nichttödliche Waffen sollen die Bürgerschaft in Zukunft unter Kontrolle halten können. Schöne neue Welt!**

### 2. Der Codex alimentarius soll völlig pervertiert werden!

**Die Lebensmittelrichtlinien des «Codex alimentarius» waren als Schutzvorschrift für den Verbraucher gedacht. Inzwischen haben die unterschiedlichsten Interessentengruppen dieses Vorhaben zu ihren Gunsten verändert. – Die Gesunderhaltung des Menschen spielt keine Rolle mehr seit ab**

**2002 die Grossindustrie begann, den Codex für ihre Zwecke umzugestalten. Gesteuert von den globalen Firmen-Konglomeraten geht es nur noch darum, ihre Profite zu erhöhen und gleichzeitig die weltweite Kontrolle über die Nahrungsmittel zu erlangen.**

**Speziell dramatisch sind die geplanten Vorschriften wonach alle Lebensmittel bestrahlt werden sollen und alle Mikronährstoffe als Giftstoffe anzusehen seien.**

**WEO und WHO «protestieren» und schätzen, dass allein die Einführung der Vitamin- und Mineralstoffrichtlinien die Weltbevölkerung um mindestens drei Milliarden Menschen verringern wird.**

Was sonst noch alles geplant ist, lässt einem die Haare zu Berge stehen!

### Schlussgedanken

Wenn man die Vorgänge der letzten Jahre, die sich gegen unser Land gerichtet hatten, Revue passieren lässt und dazu die Ungeheuerlichkeiten der internationalen Politik mit Krieg, Völkerverhetzung, organisierten Wirtschaftszusammenbrüchen und Morden profilierter Einzelpersonlichkeiten miteinbezieht, so wird einem immer klarer, dass wir trotz aller Schwierigkeiten bis heute **eine Insel des Friedens darstellen**. Alle Werte aber sind auch bei uns bedroht durch die schon oft erwähnten Entwicklungen wie Einwanderung aus aller Herren Länder, Konzentration der wirtschaftlichen Macht, Erhöhung der Abhängigkeit von internationalen Organisationen, Missachtung der tradierten Werte wie Repekt vor dem Mitmenschen, Disziplin und den bekannten Bürgertugenden, inkl. der Treue zu einem gegebenen Wort.

**Wir haben viel zu verlieren – nämlich die Freiheit und das Recht, die Spielregeln unseres Lebens selbst zu bestimmen! – Seien wir also wachsam!**

## Widerstand statt Resignation!

**Wechseln Sie die Politiker aus, bevor diese das Volk ausgewechselt haben. Darum jetzt**

**Schweizer Demokraten**



Liste **8**

**und Walter Wobmann in den Stadtrat!**

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

**und aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininserat  
für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrag-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

**Geschenkgutschein** im Wert von  
Fr. 4000.– für eine mehrtägige  
**Flusskreuzfahrt** (für zwei Perso-  
nen in einer Doppelkabine) wahl-  
weise auf Rhein, Main, Main-Do-  
nau-Kanal, Donau, Rhone, Mosel  
oder Elbe und Moldau auf einem  
Schiff der Basler Reederei Scylla  
Tours AG. Übernahmepreis nur Fr.  
2000.–. Interessierte wenden sich  
bitte an: **Schweizer Demokraten,  
Pf. 4219, 4002 Basel oder E-Mail:  
info@sd-basel.ch**

**Bio-Knospen Olivenöl und  
Schweizer Essig** von Waldkirch  
SG, Region Ostschweiz,  
**Telefon 071 244 72 76** oder  
thomas-fischer@bluewin.ch

#### ZU VERSCHENKEN:

An Schweizer Familie: **1 Mountain-  
bike** für Herren (schwarz/braun)  
und ein **Kindervelo** für Mädchen  
(rot/weiss), ohne Stützräder, neu-  
wertig, Reifen müssen gewechselt  
werden. Verschiedene **Spielsachen  
für Kleinkinder**, neuwertig. Erwähnte  
Sachen müssen in Wabern  
abgeholt werden.  
**Telefon 079 239 47 39**

#### GESUCHT:

Gesucht – günstig oder gratis:  
**Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**,  
mit Abbildungen von Menschen,  
Objekten, Gebäuden, Landschaften  
usw. für den Abdruck im «Schwei-  
zer Demokrat» (Bebilderung von  
Artikeln). Kontaktadresse:  
SD-Sekretariat in Bern.  
**Telefon 031 974 20 10,  
Fax 031 974 20 11  
schweizer-demokraten@bluewin.ch**

#### STELLENSUCHE:

**Schweizerin, 45, suche Teilzeit-  
stelle** tagsüber; prüfe alle Angebote.  
Erfahrungen vorhanden aus Haus-  
halt, Reinigung und Wäsche-Besor-  
gung. Service-Tätigkeit in Restau-  
rant oder Café auch angenehm.  
Basel und Umgebung.  
**Telefon 078 788 93 74**

Hausmann (46) und Papi, mit Han-  
delsdiplom und mehreren Jahren  
Erfahrung in der Pflege in APH,  
sucht in **Basel oder Umgebung**  
eine **Teilzeitstelle** (max. 40%, vor-  
zugsweise morgens). Dies kann  
auch eine Tätigkeit ausserhalb der  
Pflege sein. Ab sofort disponibel.  
Ich bin vielseitig, zuverlässig und  
gewissenhaft.  
**Telefon 061 601 75 12**  
helfer.pfirter@hispeed.ch

**CH/ZH, 52, suche Arbeit** als Lage-  
rist, Magaziner, Druckerei-arbeiter,  
Hilfsschreiner, Maschinist, Wächter,  
Zeitungsvertrager. Vollzeit oder  
Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monat-  
lich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der  
Probezeit nach Absprache.  
**Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener  
**Schlosser, 51, sucht** neues Wir-  
kungsfeld in Basel oder Umgebung.  
Auch als Monteur angenehm.  
**Telefon 079 446 83 45**

#### DIENTSTLEISTUNGEN:

**Schuhmacher Meister Roger  
Weber** – Ihr Fachmann für Einla-  
gen und alle Arbeiten am Schuh.  
Wetzikon und Zürich-Milchbuck.  
20% Rabatt für SD-Leser.  
Für Termine und Fragen:  
**Telefon 076 450 15 34**  
E-Mail: rw.osm@bluewin.ch

**Med. Fusspflege:** 25-jährige Erfah-  
rung, Öffnungszeit Montag bis  
Freitag, durchgehend 9 bis 17 Uhr.  
Verena Walser Gesundheitspraxis,  
St. Alban-Talstr. 19, Tramhalt mit  
3er St. Alban Tor, 4052 Basel,  
**Telefon 061 312 70 40**  
[www.kosmetik-walser.ch](http://www.kosmetik-walser.ch)

**Buchhaltungen, Steuererklärun-  
gen, Lohnabrechnungen:**  
Beratung und Soforthilfe in der  
ganzen Schweiz. Friedrich  
Auf der Maur, Volketswil/ZH  
**Telefon 044 946 00 51,  
Fax 044 946 00 52**

#### REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Reise- und wanderlustige Frau**  
sucht Person/en um die Schweiz  
mit OeV oder/und zu Fuss besser  
kennenzulernen. Ich bin im Besitze  
eines GA, Du/Ihr auch?  
Meldet Euch bitte für eine Reise-  
besprechung. Start in Basel.  
**Telefon 061 421 74 30**

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Suche zum Aufbau einer Familie  
eine liebe Frau** (ca. 25–30 Jahre).  
Ich bin 29 Jahre alt und 1.83 m

gross; kurze braun-schwarze Haa-  
re. Betriebsangestellter; wohne in  
Bern. Meine Hobbies: Velofahren,  
Modelleisenbahn, Politik.  
**Telefon 079 229 25 03**

**Berner Bär mit Bart, 184/86, 50  
plus, NR/NT, sucht** nette Schweize-  
rin, 25/50 mit Freude am Reisen in  
der Schweiz, Camping, Baden, Sau-  
na und Wandern. Bern +100 km.  
Danke zum Voraus für Ihren Anruf!  
**Telefon 078 814 51 23**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

##### Verdingkinder in der Schweiz

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden  
in der Schweiz hunderte Kinder  
fremdplatziert und viele da-  
von verdingt. Diese wuchsen nicht  
bei ihren Eltern auf und mussten  
für ihren Lebensunterhalt bereits  
im Kindesalter arbeiten.  
Die Aktionsgemeinschaft [www.verdingkinder.ch](http://www.verdingkinder.ch)  
und [www.verdingkinderreden.ch](http://www.verdingkinderreden.ch)  
hat sich zum Ziel  
gesetzt, dieses noch kaum berück-  
sichtigte Stück Schweizer Ge-  
schichte wissenschaftlich aufzu-  
arbeiten. Dies beinhaltet sowohl die  
Sicht der Betroffenen – der ehema-  
ligen Verdingkinder – als auch die  
Sicht der Entscheidungsträger –  
der Behörden und Eltern.

Vom 4. Dezember 2009 bis 28. März  
2010 im **Historischen Museum  
«Barfüsserkirche» in Basel**.  
Tramhaltestelle Barfüsserplatz.  
Museum/umgenutzte Kirche,  
geöffnet von Di – So, 10 – 17 Uhr,  
Montag geschlossen.  
**Info-Telefon: 061 205 86 00**

### Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

### SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann  
«Tiere sind keine Ware»

### Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen  
[www.marche-blanche.ch](http://www.marche-blanche.ch), Tel. 022 360 02 43

### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er  
von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert,  
ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen  
noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheit-  
lich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das  
Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre  
Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.



Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, [www.bod.de](http://www.bod.de) – ISBN 9783833436765

### SD-Motorrad- und Cabrio- Club Schweiz

<b>Anmeldung</b>	<b>Beiträge 2010</b>
SD-MCC / Schweiz	Aktiv Fr. 50.–
z.H. Roland Schöni	Passiv Fr. 30.–
Postfach 108	Cabrio Fr. 50.–
3806 Bönigen	
Mobil: 076 355 90 95	
@-Post: r.schoeni@sunrise.ch	<b>SD-MCC</b>

### jsd- nordwestschweiz.ch

Immer am 1. und  
3. Montag des Monats,  
Stamm ab 20 Uhr  
im Restaurant Rütli, Ger-  
berstr. 2 in Liestal.  
Wir sind alles Junge!  
Auf unserem Tisch liegen  
jeweils SD-Flyer.



# Verwandelte Schweiz – Verschandelte Schweiz

«Verwandelte Schweiz – Verschandelte Schweiz» hiess der Titel des Buches, in dem Erich Schwabe 1975 die bauliche Verunstaltung der Ortsbilder in der Schweiz beschrieben hat. Und heute schreibt die Stiftung für Orts- und Landschaftsbildpflege, ARCHICULTURA, auf ihrer Homepage:

**«Grosse Teile der Schweiz gehören heute zu den baulich hässlichsten Gebieten Europas. Viele Ortsbilder sind arg verunstaltet und/oder gleichen einem architektonischen Chaos. Vielerorts muss sogar von unansehnlichen Bauwüsten oder einer städtebaulichen Katastrophe gesprochen werden. Für den geneigten Betrachter nicht mehr lebenswert und schon gar nicht mehr sehenswert!»**



Bümpliz: Kanton Bern  
(Bild: ARCHICULTURA)

Diese Aussage wird von der Stiftung auf ihrer Homepage mit Bildern dargestellt und mit Farbdigrammen enthaltenden Kartenausschnitten dokumentiert.

## Kritische Betrachtung

So hat die Stiftung ARCHICULTURA rund 6500 Ortschaften der Schweiz besucht und grob beurteilt. Bewertet wurde dabei der architektonische Charakter, d.h. das Vorhandensein der überlieferten lokaltypischen Bauweise, das Zusammenpassen von alten und neuen Bauten und Quartieren, das Bestehen von ortsuntypischen, unpassenden, störenden oder verunstaltenden Bauten und Anlagen sowie malerische Aspekte etc. Das Resultat dieser Erhebungen, welche laufend verfeinert und entsprechend der baulichen Entwicklung angepasst werden, ist kantonsweise auf Karten wiedergegeben, die

auf der Homepage der Stiftung angeschaut werden können.

Die bauliche Verschandelung manifestiert sich dabei insbesondere im galoppierenden Bau dieser lieblosen und einfältigen Flachdachkisten, die überall und nirgends hinpassen, die jeder Bauzeichnerlehrling zu Papier bringen kann, die auf der ganzen Welt gleich aussehen und die mit der überlieferten reichhaltigen Baukultur der Schweiz überhaupt nichts mehr zu tun haben. Den Rest der Ortsbildqualität ruinieren dann noch die Terrassen- und Hochhäuser. So fühlt man sich in Paradiso am Lago di Lugano eher in einem baulich hässlichen Vorort einer Grossstadt als in einem Paradies, wie dies der Ortsname fälschlicherweise noch vorgaukelt.



Geplantes Roche-Hochhaus von 175 m Höhe  
(Bild: Keystone)

## Was tun die Behörden?

Die gesetzlichen Grundlagen wie Verunstaltungsverbot und Eingliederungsgebot sowie die Instrumente der Ortsbildpflege wie Ortsbildanalysen, Gestaltungsfibeln etc. wären eigentlich vorhanden. Diese werden jedoch von vielen Behörden einfach nicht mehr angewendet, und diese Praxis wird von diversen Gerichten noch gedeckt. Auch werden Bauvorschriften von den Behörden oft nur noch angewendet, wenn Einsprachen eingehen (NLZ 29.08.2009, S. 25 betreffend Tribschenstadt Luzern). Es ist ja auch einfacher den Problemen aus dem Weg zu gehen, zu allem ja zu sagen und dafür wiedergewählt zu werden.

Dazu kommt mangelndes Tradi-

tionsbewusstsein der Schweizer, gekoppelt mit der Idee, dass alles was vom Ausland kommt, besser ist als das Eigene. So wurden, weil es gerade so Mode war, im 18. Jahrhundert die aus Frankreich stammenden Mansardendächer übernommen und ganze Stadtquartiere damit ausgestattet, anstatt mit den traditionellen heimischen Dachformen weiter zu arbeiten.

Genährt wird diese Entwicklung zusätzlich durch den Bauboom und den Baudruck, der durch die Überbevölkerung und die Bevölkerungsexplosion in der Schweiz (1945: 4,5 Mio. / 2009: 7,7 Mio. Einwohner) hervorgerufen wird. So wird in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter zubetoniert; jährlich in der Grössenordnung des Brienzersees; bis vor kurzem ein Tabuthema bei den meisten Parteien und Parlamentariern. Die Überbevölkerung der Schweiz führt heute dazu, dass man sich in der Stadt Bern sogar die Frage stellt, die Friedhöfe zu überbauen (20 MINUTEN vom 19.11.2009). Was für eine Lebensqualität! Die Schweiz hat im Mittelland eine der höchsten Bevölkerungsdichten von Europa und ein Ende dieser unsäglichen Verdichtung ist nicht in Sicht.

## Notbremse ziehen

Da wäre aber doch noch der Schweizerische Heimatschutz, der gegründet wurde, um gegen die Riesenhotels auf den Alpenkuppen zu kämpfen und der sich statuten-gemäss eigentlich für die nachhaltige bauliche Entwicklung des Landes einsetzen sollte. Tatsache ist jedoch, dass diese Vereinigung, mit regionalen Ausnahmen, nicht mehr die ideellen statuten-gemässen Ziele verfolgt. So werden heute Orte mit Flachdachkisten und Hochhäusern gerade von dieser Organisation mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet (z.B. 2004 Biel im Kanton Bern / 2007 Altdorf im Kanton Uri / 2008 Grenchen im Kanton Solothurn).



Grenchen, Kanton Solothurn:  
Wakkerpreis 2008 des Schweizerischen Heimatschutzes  
(Bild: Wikipedia/Grenchen)

Auch die Denkmalpflege, die sich in der Regel nur um Einzelobjekte kümmert, anstatt die Gesamtheit des Ortsbildes als Denkmal zu betrachten, das sanft und nachhaltig zu erhalten und weiter zu entwickeln ist, ist dabei mitverantwortlich. Auch werden vielerorts Bau-, bzw. Ortsbildkommissionen, von sogenannten Fachkräften, sprich Architekten beherrscht, welche ihre eigenen wirtschaftlichen Ziele verfolgen. Laien oder Fachkräfte aus anderen Sparten mit einem gesunden ästhetischen Empfinden haben dort keinen Platz. Die Behörden stützen sich alsdann auf die Stellungnahmen dieser personell mehr als nur einseitig zusammengesetzten Gremien. Alles wird zudem begünstigt durch die vom Heimatschutz und Architekturkreisen propagierten Architekturwettbewerbe der öffentlichen und privaten Hand, welche vornehmlich der Selbstverwirklichung der Architekten dienen und oft in unpassender «Beleidigungsarchitektur» ausmünden. Mit andern Worten: man muss eher von «Verunstaltungswettbewerben» sprechen!

Und das Kapitel der Gestaltungspläne! Eigentlich sollten gerade diese laut Gesetz eine gute Eingliederung sicherstellen. In Wirklichkeit dienen diese aber den Bauherren meistens dazu, eine möglichst hohe Ausnutzung zu generieren und von den Bauvorschriften abzuweichen; Gestaltungspläne gleichen somit oft «Verunstaltungsplänen». Dazu kommt die um sich greifende «Zonenplanrevisionitis», welche die Rechtssicherheit im Bauwesen massiv untergräbt und der zunehmenden Deregulierung weiteren Vorschub leistet. Mit andern Worten ist kein Hauseigentümer mehr sicher, ob ihm nicht der Nachbar aufgrund der vorge-nannten Instrumentarien bald ein höheres Haus, als ursprünglich gemäss Zonenplan zugelassen, vor die Nase stellt.

## Richtige Vorbilder fehlen

Auch das verbreitete Hochjubeln von sogenannten «Stararchitekten» trägt zu dieser Entwicklung bei. Deren «Denkmäler» passen oft nicht ins vorbestandene Ensemble. Ob dies wohl der Grund oder die Voraussetzung für das Prädikat «Stararchitekt» ist? Und die unpassenden Bauten werden dann mit dem Ausdruck «Akzent setzen» ins «Positive» verkehrt. Ja die Architektengilde ist Meister im Verdre-

Fortsetzung Seite 10

**Stadt Bern:** Der traditionelle **SD-Dienstagshöck** findet weiterhin **an jedem letzten Dienstag des Monats um 19.30 Uhr** statt. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, dort zu erscheinen und in geselligem Rahmen auch Anregungen für die politische Arbeit einzubringen. Neu findet dieser Höck nicht mehr im «Bären» Bümpliz, sondern **im Restaurant Bahnhof-Süd in Bümpliz-Süd** statt, wo der Vorstand auch seine Sitzungen abhält.

Sie finden dieses Restaurant wie folgt: Entweder mit der S-Bahn zum Bahnhof Bümpliz-Süd (das Restaurant befindet sich unmittelbar beim Bahnhof). Oder mit dem Bümplizer Bus Nr. 13 bis Bushaltestelle «Bachmätteli», von dort 10 Gehminuten.

## Verwandelte Schweiz...

Fortsetzung von Seite 9

hen. So wird «eingliedern» oder «Bezug nehmen» mit dem Wort «anbiedern» negativ besetzt um unpassende, störende oder verunstaltende Bauten mit «nicht anbieten» zu rechtfertigen. Dazu kommt die Leier von «zeitgemässen Bauen» und von der «qualitativen Architektur» obwohl niemand in der Lage ist, dazu eine Definition zu liefern, da alles ohnehin nur Modeströmungen sind, die einmal verwirklicht, massenweise nachgeahmt werden. Und was heute gilt ist morgen altes Eisen. Immerhin wurde das von einem schweizerischen sogenannten «Stararchitekten» erbaute Casino in der italienischen Exklave Campione am Lago di Lugano in der Lombardei zum «Ecomonstro 2007» sprich «Umweltmonster 2007» gekürt.

Von den vielen echten Stararchitekten, die mit hohem Fachkönnen und Sensibilität Bauten in den baulichen Kontext einfügen, wird leider nur selten gesprochen!

Auch die Auszeichnung sogenannt «guter Bauten» durch die Kantone mit einer Jury, vornehmlich aus Architekturreisen, steuert erheblich zur Verunstaltung bei. Da werden die Bauten in der Regel nur als Solitär und nicht im Ensemble betrachtet oder bewertet.

### Wahre bauliche Sehenswürdigkeiten

Seit der Gründung der Eidgenossenschaft im Jahr 1291 galt insbesondere in den Urkantonen die grosse Freiheit, die sich auch im Bauwesen niedergeschlagen hat. So gehören gerade die Urkantone und die Kantone, die sich als erste dem Bund angeschlossen haben, mit Ausnahmen, zu den als baulich besonders Unansehnlichen.



Pfäffikon, Kanton Schwyz  
(Bild: digitalfotoarchiv.ch)

Die baulich schönsten Dörfer und Städte der Schweiz wurden denn in der Regel auch nicht von den Helvetiern oder den Eidgenossen, sondern von den Habsburgern, Staufern, Zähringern, Kyburgern, Burgundern, Savoyern, Walsern etc. erbaut. So hatte die von den Zähringern erbaute Stadt Bern, deren Altstadt heute noch eine wahre bauliche Sehenswürdigkeit dar-

stellt, bereits um das Jahr 1250 in der «Berner Handveste», dem Stadtrecht von Bern, sehr strenge Bauvorschriften.

### Freiheiten für wen?

Da die Schweizer sich in der baulichen Freiheit nicht einschränken lassen wollten wurde denn auch die erste Auflage des Raumplanungsgesetzes, das der unsäglichen baulichen Entwicklung hätte Einhalt gebieten sollen, im Jahr 1980 an der Urne verworfen. Auch nach der Einführung des Raumplanungsgesetzes wird dieses oft nur widerwillig und eingeschränkt angewendet. Zu diesem Thema gehört auch die **Ablehnung der Initiative gegen Hochhäuser über 40 Meter in der Stadt Zürich**, vom November 2009. Monaco, Manhattan und Singapur etc. sind nicht mehr aufzuhalten.

So wird die persönliche Freiheit, möglichst uneingeschränkt bauen zu können, über das Allgemeininteresse einer ästhetisch geordneten Bauweise gestellt. So sehen viele neue Quartiere mangels griffiger Bau- bzw. Gestaltungsvorschriften mit den divergierenden Bauten aus wie sogenannte «Hausmutterzentralen», baulichen und stilistischen Experimentierfeldern gleichend.

Aber auch bestehende Quartiere mit einer eigenen Architektursprache, wie z.B. aus dem vorletzten Jahrhundert, fallen der Chaotisierung zum Opfer. So werden Zahnücke um Zahnücke herausgebrochen und mit unpassenden Bauten gefüllt. So sehen viele dieser «vermangalisierten» Quartiere heute aus, als wären sie im Krieg zerbombt und möglichst schnell, billig und spekulativ, wieder aufgebaut worden; bar jeden baulichen historischen Charakters.

### Historisches und Aktuelles

Im Jahre 1857 hat der russische Schriftsteller Leo Tolstoi in seiner Erzählung «Luzern» sinngemäss den unsensiblen Umgang der Stadt Luzern mit ihrem Orts- und Landschaftsbild gerügt. Dies hat die Luzerner selbstverständlich nicht zu einer Hinterfragung ihrer Handlungen, bzw. zu einem Umdenken bewogen. Im Gegenteil wurde Luzern und seine Umgebung, insbesondere in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts aber auch heute noch, baulich massiv weiter verschandelt, was sich beim Fremdenverkehr niederschlägt. So hatte Luzern, an einer der landschaftlich schönsten Lage am Vierwaldstättersee gelegen, bei der vorletzten Jahrhundertwende rund 300 Hotels; heute sind es noch deren 60. Ein Hotel nach dem andern

steht leer, geht in Konkurs, wird umgenutzt, abgebrochen etc. und man ist gezwungen, hunderttausende von Franken in die Fremdenverkehrswerbung zu investieren. Dabei sollten die Touristen bei dieser wunderschönen Lage der Stadt am See eigentlich vor den Stadttoren anstehen, um hereingelassen zu werden.

Aber offensichtlich verkennt vielerorts die schweizerische Fremdenverkehrsbranche heute noch den touristischen Wert intakter und malerischer Ortsbilder und glaubt, dass Seen und Berge alleine genügen, um Touristen anzuziehen. Dass dem nicht so ist, legt das

Schreiben eines deutschen Ehepaares vom Mai 2007 an die Tessiner Stadt Locarno dar. Es rügt darin die spekulative bauliche Verhandlung der Stadt mit «Kistenarchitektur» und erklärt nach 30 Jahren Ferien in Locarno den Verzicht auf weitere Ferien vor Ort; dies mit den Worten: «Wenn es darum geht, Spekulationsbauten anzusehen, so können wir zu Hause bleiben» (Corriere del Ticino: 8. Mai 2007).

Wo die bebaute Schweiz noch sehenswert ist, kann den Karten auf der Internetseite «www.architectura.ch» entnommen werden.

Marcel Steiner, Luzern

## Zwiespältiger Landschaftsschutz!

Der Schweizer Landschaftsschutz hat eigentlich die Aufgabe, die Landschaft des Territoriums Schweiz unberührt und in möglichst natürlichem Zustand zu erhalten. Leider erfüllt er diese Aufgabe immer weniger. Durch die Bevölkerungsvermehrung mittels Einwanderung stieg der Bedarf an Raum für neue Wohnungen, Arbeitsplätze, Strassen, Bahnkörper, Parkhäuser, Einkaufszentren, Lagerhäuser, Schulhäuser, Spitäler, Bahnhöfe, Energieanlagen, Elektrizitätswerke und andere Infrastrukturen, die alle zu klein wurden, immer mehr. Die Landschaft wurde durch Beton, Asphalt, Backsteine, Blech, Ziegel, Glasfassaden und Kiesgruben immer mehr verunstaltet. Grössere Biotope, unersetzlicher Lebensraum für die freie lebende Fauna und Flora, wurden immer kleiner, durchfurcht, zerspalten und zerstückelt, bis sie unkenntlich waren. Man hätte erwar-

tet, dass der Landschaftsschutz im Kampf des einheimischen Volks gegen diese Zerstörung einmal etwas unternommen hätte, beispielsweise eine Volksinitiative für eine vernünftige Migrationpolitik – es gab ja deren mehrere – unterstützt hätte. Aber nichts geschah in dieser Richtung. Offenbar wollte er sich nicht mit den Wirtschaftskreisen anlegen, die als Rezepte für und gegen alles immer nur noch mehr Wachstum und somit auch mehr ausländische Arbeitskräfte im Visier haben. Als «Problemlösung» für die neueste Einwanderungswelle empfiehlt der Landschaftsschutz zum Beispiel heute **verdichtetes und höheres Bauen. Welch' Armutzeugnis!** Als würden die Verkehrskalamitäten durch dieses Rezept nicht noch schlimmer und die Infrastrukturen noch mehr überlastet!

Jean-Jacques Hegg,  
a. Nationalrat

### Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

## Vorrang für Schweizer!

bei Wohnungen, Jobs und Studienplätzen!  
Darum wählen jetzt immer mehr Zürcher die

Schweizer  
Demokraten



Liste **8**

und **Walter Wobmann** in den Stadtrat!

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2



# Grosseinsatz der SD Zürich-Stadt

**csz. Am 7. März 2010 wählen die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher den Stadtrat (Exekutive, 9 Mitglieder) und den Gemeinderat (Stadtparlament, 125 Sitze). Vier Jahre haben nun unsere drei Gemeinderäte Ueli Brassler (Kreis 9), Patrick Blöchliger (Kreis 11) und Christian Wenger (Kreis 12) intensiv gearbeitet.**

Die nationale, umweltbewusste und soziale Politik der Schweizer Demokraten ist im Ratsbetrieb zu einer Kraft geworden, mit der zu rechnen ist. Das ist auch den Medienleuten bewusst, doch sie reagieren darauf in ihrer ganz eigenen Weise. Sie erwähnen die Vorstösse und Voten der drei Schweizer Demokraten nicht oder allenfalls dann, wenn sich Zerrbilder einfügen lassen, welche die Schreiberlinge ihrer Leserschaft von den SD vermitteln wollen. Das Meiste wird einfach «herausgefiltert», unterdrückt, wofür bei Reklamationen unserer Parlamentarier immer wieder dieselben Ausreden als Begründung herhalten müssen: Man habe eben nur wenig Platz in der Zeitung und müsse in erster Linie über die Politik der grossen Parteien berichten usw. So brachte es etwa der «Tages-Anzeiger» fertig, über die Gutheissung eines SD-Postulats für den Abbruch des Schandflecks Sihllochstrasse kein Wort zu verlieren. Die «NZZ» hatte dafür immerhin drei Zeilen übrig, garniert mit einem sachfremden, gegen die Schweizer Demokraten gerichteten «Spruch». Man stelle sich vor, die Grünen hätten das gleiche Postulat durchgebracht – mindestens eine Viertelseite wäre darüber in beiden Zeitungen geschrieben worden!

Gegen die Totschweige-Medien gibt es nur ein Mittel: Wir Schweizer Demokraten müssen stärker werden, mindestens Fraktionsstärke (5 Gemeinderäte) muss es sein. Mit 115 Kandidierenden in allen neun Wahlkreisen und mit **Walter Wobmann als Stadtratskandidat** – er wurde in einer früheren Ausgabe der SD-Zeitung schon vorgestellt – ziehen wir in den Kampf. In der Februar-Zeitung folgen weitere Informationen zum Wahlkampf und werden die Spitzenkandidat(inn)en porträtiert. Nachstehend einstweilen die

## Kandidatenlisten für den Zürcher Gemeinderat Kreise 1 und 2 (12 Sitze)

1. Meuli Roger, 1972, Elektromonteur

2. Meuli Roger, 1972, Elektromonteur
3. Tissot Charles, 1951, kaufm. Angestellter
4. Lanker Andreas, 1974, Hochbauzeichner
5. Flepp Beatrice, 1954, Familienfrau
6. Bühler Rolf, 1950, Pressefotograf
7. Fässler Ralph, 1966, Maler
8. Marfurt Dieter, 1967, Multimedia-Producer
9. Tissot Charles, 1951, kaufm. Angestellter
10. Lanker Andreas, 1974, Hochbauzeichner
11. Flepp Beatrice, 1954, Familienfrau
12. Bühler Rolf, 1950, Pressefotograf

### Kreis 3 (15 Sitze)

1. **Wobmann Walter**, 1960, med. Lagerist
2. Spiess Therese, 1951, Familienfrau
3. Arnet Pascal, 1975, Heizungsmonteur
4. Helbling Bruno, 1962, Liegenschaftsbewirtschafter
5. Stiefel Roger, 1964, Lastwagenführer
6. Hofmann Corinne (Nathalie), 1977, Interior Designerin
7. Schwendimann Pius, 1955, Maler-Tapezierer
8. Graf Marlis, 1948, Köchin
9. Burger Rosmarie, 1935, Schwesternhilfe
10. Ströbl-Schärli Brigitte, 1949, kaufm. Angestellte
11. Lendi Rico, 1968, Elektromonteur
12. Zingg Helen, 1945, Büroangestellte
13. Lendi Albert, 1956, Sanitär-Installateur
14. Jäckle Martin, 1950, Lehrbeauftragter und Musiker
15. Dutler Rolf, 1961, Hilfsschlosser

### Kreise 4 und 5 (13 Sitze)

1. Kost Rita, 1959, Familienfrau
2. Arnold Franz, 1958, Wagenführer
3. Albrecht Daniel, 1976, Maler
4. Winkler Marcel, 1956, Drucker
5. Helbling Peter, 1942, Maurer
6. Blum Regula, 1948, Bankangestellte
7. Steiner Rolf, 1954, Automechaniker
8. Tröndle Peter, 1972, Lagerist
9. Brunswiler Verena Erika, 1931, Hausfrau
10. Wenger Anita, 1949, Geschäftsfrau
11. Danuser Arnold, 1957, Monteur

12. Schubiger Roger, 1955, Parapsychologe
13. Schnellmann Peter, 1938, Maler

### Kreis 6 (10 Sitze)

1. Cassin Marco, 1967, Bauingenieur HTV
2. Garonne Alexis, 1951, Teamleiter Präzisionsmechanik
3. Ruck Eduard, 1948, kaufm. Angestellter
4. Hiestand Markus, 1967, Maurer
5. Frei Jolanda, 1953, Haushälterin
6. Spengler Walter, 1942, Notariatsangestellter
7. Wunderli Ulrich, 1941, Ing. HTL, Feinmechaniker
8. Dönz Kurt, 1940, Grafikdesigner
9. Ernst Angela, 1929, Hausfrau
10. Juchler Gabriel, 1929, pens. Reprofotograf

### Kreise 7 und 8 (17 Sitze)

1. Schnellmann Edwin, 1955, Kaufmann
2. Schnellmann Edwin, 1955, Kaufmann
3. Burri Werner, 1938, Heizungsmonteur
4. Hümbeli Hansruedi, 1945, Maler
5. Wenger Thomas, 1980, Bankangestellter
6. Früh Therese, 1944, Betagtenpflegerin / Familienfrau
7. Besker Marko, 1942, pens. Kranführer
8. Kaul David, 1973, Verkäufer
9. Gnädinger Carl, 1934, lic.iur., Sekretär
10. Wernli Gérard-Paul, 1940, Bankangestellter
11. Merkli Stefan Ulrich, 1954, Vermessungszeichner
12. Holliger Marino, 1955, Stereotypur
13. Krebs Kilian, 1953, Abteilungsleiter
14. Burri Werner, 1938, Heizungsmonteur
15. Hümbeli Hansruedi, 1945, Maler
16. Wenger Thomas, 1980, Bankangestellter
17. Früh Therese, 1944, Betagtenpflegerin / Familienfrau

### Kreis 9 (16 Sitze)

1. **Brassler Ueli**, 1952, eidg. dipl. Elektrotechniker, Berufsschullehrer (**bisher**)
2. Spiess Christoph, 1959, lic. iur., Oberrichter
3. Wietlisbach Paul, 1944, Kaufmann



4. Masino Isabelle, 1966, Sicherheitsdienst-Angestellte
5. Pfiffner Peter, 1946, Buschauffeur
6. Buttlinger Gertrude, 1954, Hausfrau
7. Götz Roy, 1981, Hauswart
8. Casutt Hildegard, 1948, Büroangestellte
9. Ernst Sonja, 1977, kaufm. Angestellte
10. Schär René, 1945, Sanitär-Installateur
11. Blum Henri, 1931, Restaurator
12. Schlepfer Michael, 1972, Maler
13. Fuchs Kurt, 1934, Schlosser-Monteur
14. Notter Heinrich, 1933, Ingenieur HTL
15. Engel Fritz, 1943, Buchhalter
16. Benz Jakob, 1938, Koch

### Kreis 10 (12 Sitze)

1. Joss Kurt, 1952, Hauswart
2. Tellenbach Alice, 1958, Zahnarztgehilfin
3. Schmid Tissot Monica, 1963, kaufm. Angestellte
4. Hegetschweiler Daniel, 1966, Gärtner / Florist
5. Diener Hans-Peter, 1959, VBZ-Angestellter
6. Hotz René, 1945, Treuhänder
7. Wietlisbach Rita, 1949, Personalfachfrau
8. Gremper Kurt, 1950, Elektromonteur
9. Zimmermann Peter, 1934, Drogist
10. Hersche Hans, 1940, Möbelschreiner
11. Kobel Hanspeter, 1939, Maler
12. Spengler Carl, 1937, Automechaniker

### Kreis 11 (21 Sitze)

1. **Blöchliger Patrick**, 1977, Geschäftsführer (**bisher**)
2. Hanschke Beatrice, 1953, Kosmetikerin
3. Berchtold Rainer, 1960, Servicefachangestellter
4. Hausherr Meinrad, 1936, Giessereitechniker
5. Gut Rodrigo, 1965, Tramführer
6. Gisler Anita, 1983, Verkäuferin
7. Hegetschweiler Claudia, 1967, Bäcker-Konditorin
8. Helbling Roland, 1961, Landschaftsgärtner
9. Loritz Nelly, 1935, kaufm. Angestellte
10. Schindler Sandra, 1989, KV-Lernende
11. Brack Jürg, 1954, eidg. dipl. Schreinermeister
12. Lienhard Brigitte, 1957, Hausfrau



Fortsetzung Seite 12

**Grosseinsatz der SD Zürich-Stadt**

Fortsetzung von Seite 11

13. Sonderegger Martin, 1951, Ramm-Meister
14. Eichenberger Heinz, 1946, Mechaniker
15. Hasler Rita, 1943, Photolaborantin
16. Ferraretto Claudio, 1980, Landschaftsgärtner
17. Grob Max, 1944, Postbeamter
18. Venzin Andreas, 1987, Metallarbeiter
19. Burri Walter, 1942, kaufm. Angestellter
20. Bernet Rolf, 1956, kaufm. Angestellter
21. Ruh Robert, 1934, Ing. HTL

**Kreis 12 (9 Sitze)**

1. Wenger Christian, 1974, Bahnangestellter (**bisher**)
2. Gassmann Esther, 1972, Angestellte Verkauf/Warenservice
3. Brunner Patrick, 1980, Servicetechniker
4. Hausherr Michael, 1971, Chauffeur
5. Jungen Christian, 1955, Bauleiter
6. Diethelm Esther, 1958, Verkäuferin
7. Letzkus Yvo, 1983, Werbetechniker
8. Donà Ivo, 1954, Taxihalter
9. Rey Jean-Gaston, 1938, Maler



## Masseneinwanderung belastet den städtischen Haushalt

csz. Wie jedes Jahr hatte der Zürcher Gemeinderat am 9. bis 11. Dezember 2009 Folgendes zu behandeln. Die Stadt Zürich hat mit einer – im Vergleich zum Kanton – umsichtigen Finanzpolitik in den «fetten Jahren» Reserven angelegt und kommt nun ohne Steuererhöhungen und/oder schmerzhaften Leistungsabbau zu Lasten der Bürger durch die Rezession. Doch die Masseneinwanderung und Überfremdung (Ausländeranteil ohne die beschönigend «Sans-papiers» genannten illegal hier lebenden Wohlstandsparasiten) hinterlässt im städtischen Haushalt tiefe Spuren. Das Budget abzulehnen hätte dem Gemeinwohl nicht gedient. Der Sprecher der Schweizer Demokraten, Gemeinderat **Patrick Blöchliger**, gebrauchte aber kritische Worte:

**Das Budgetdefizit von rund 200 Millionen Franken für das kommende Jahr** ist eine Folge des Einbruchs im Finanzsektor, von dem unsere Stadt leider in einem ungesunden Mass abhängig ist. Das beruhigt insofern, als wir es hier mit einem vorübergehenden Phänomen zu tun haben und nicht eine strukturelle Schieflage der städtischen Finanzen vorliegt.

Kurzfristig ist allerdings die stadt-rätliche Freude über die starke Zunahme des Steuerertrags bei den natürlichen Personen. Sie beruht zu einem gewissen Teil auf dem Nichtausgleich der kalten Progression, d.h. auf einer versteckten Steuererhöhung, die in ein, zwei Jahren plötzlich wegfallen wird. Hauptsächlich ist der Steuerzuwachs aber auf das enorme Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Dieses ist nicht gratis, sondern kostet uns auf längere Sicht mehr als es einbringt. Für die vielen Zu-

wanderer **müssen – unter Zerstörung der letzten Grüngebiete – ganze Quartiere neu aus dem Boden gestampft werden.** Dazu gehört auch die ganze öffentliche Infrastruktur, von Schulhäusern über Verkehrsmittel bis zur Kanalisation. All das muss nicht nur für sehr viel Geld gebaut, sondern später auch unterhalten werden. Die Massenzuwanderung aus dem Ausland führt zu **Integrationsproblemen** mit entsprechenden Kosten, und sie wird schon bald auch massiv auf unser Sozialwesen durchschlagen. Wenn nämlich die Zuwanderer ihre Arbeit verlieren, bleiben sie alle hier – niemand kehrt in ein Land zurück, wo es nur Hartz IV oder überhaupt nichts gibt, wenn man in Not gerät! Auch die jungen, erwerbstätigen Zuwanderer werden irgendwann alt und krank – soll dann die nächste Welle kommen, um die Folgekosten der jetzigen Masseneinwanderung zu finanzieren? So geht es definitiv nicht!

Die Kehrseite der Medaille wird erst in einigen Jahren voll sichtbar sein, aber den Anfang haben wir schon mit der ständigen Stellenvermehrung, auch dieses Jahr (inklusive die schon bewilligten Zusatzkredite) wieder um fast 160 Stellen. Wir gönnen den neu Beschäftigten ihren Arbeitsplatz und stehen vor allem dafür ein, dass ihre Löhne und Arbeitsbedingungen gut sind. Aber gerade das ist langfristig nur finanzierbar, wenn der Personalbestand nicht ins Uferlose wächst. In dieses Kapitel gehört auch die **masslose Aufblähung des Investitionsbudgets.** Diese ist unerwünscht. Damit wird nämlich vor allem der Bausektor hochgefüttert, der nach wie vor viel zu gross ist, so nur mit einem Riesenheer von Ein-

wanderern und mit einer unaufhörlichen Verbetonierung der Heimat überhaupt betrieben werden kann. Pauschalkürzungen, wie sie von einer Minderheit der RPK gefordert werden, lehnen wir ab. Es besteht keine Notlage, welche solch drastische Einschnitte nötig machen würde. Diese Methode der Budgetierung ist auch unseriös, weil nicht offengelegt wird, wen und was die massiven Kürzungen betreffen sollen.

### Weniger weltfremde Kulturaktivitäten

Ein Ärgernis bleibt, dass nach mehr als zehn Jahren immer noch mit Globalbudgets herumexperimentiert wird. Niemand fordert heute noch ernsthaft, ein solches System flächendeckend einzuführen. Hören wir also gelegentlich auf damit!

Weil in den letzten Jahren auf vor-eilige Steuersenkungen verzichtet wurde und ein Ende des finanziellen Wellentals absehbar ist, braucht es jetzt trotz Defizit **keine Steuererhöhung.** Die bisherige, langfristig orientierte Steuer- und Finanzpolitik hat sich bewährt, und wir sind sehr dafür, dabei jetzt und

auch in Zukunft zu bleiben. Im Übrigen sind wir Schweizer Demokraten – wie gesagt – zwar mit vielen Einzelheiten des Voranschlags 2010 so wenig zufrieden wie bei den Budgets der letzten Jahre. Was der Stadtrat heute präsentiert, ist aber nicht so schlecht, dass man in Totalopposition verfallen müsste, ausser man möchte einfach billige Dauerwahlkampfpolemik betreiben. Wir hoffen, dass bei der Detailberatung noch einige Verbesserungen durchkommen, z.B. weniger IT-Ausgaben, weniger weltfremde Kulturaktivitäten, weniger sogenannte «temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit» oder weniger Strassenbau. Dafür wünschen wir uns z.B. mehr Mittel für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik und keine weiteren Verkäufe und Baurechtsabgaben von grünem Land in und ausserhalb der Stadt, d.h. weniger Verbetonierung der Landschaft.

Mit diesen Bemerkungen sind wir für Eintreten beim Budget 2010 und haben, wenn dieses in den nächsten Sitzungsstunden nicht noch wesentlich verschlechtert wird, auch die Absicht, diesem am Schluss zuzustimmen.

## JSD -Standpunkt

### Weihnachtsessen der Jungen Schweizer Demokraten

Ein verbindendes Fest der Regionen

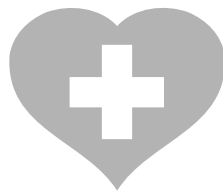


Zum zweiten Mal organisierten die JSD Nordwestschweiz ein Weihnachtsessen im Baselbiet. Nach dem gelungenen Anlass vom letzten Jahr konnten wir die Erwartungen nochmals deutlich übertreffen. Parteimitglieder stellten uns die grosszügig ausgestatteten Räumlichkeiten in Hölstein (BL) zur Verfügung und ermöglichten damit ein unvergessliches Fest in angemessenem Rahmen.

Zu Gast waren diesmal auch Vertreter der neuen Ostschweizer JSD-Sektion und der Präsident der SD Fricktal.

Auch die parteieigenen Köche liessen sich mit ihrem hervorragenden Schweizer Fondue nicht lumpen. Eine kurze Ansprache und diverse Spezialitäten aus den verschiedenen Kantonen rundeten das Ganze noch ab. Nebst dem Essen und Feiern begann man aber auch schon mit der Planung der nächsten regionalen und überregionalen Aktivitäten und das weitere Vorgehen im Jahr 2010. Alles in allem: Ein perfekter Anlass, der unsere Sektionen näher brachte und nach unbedingter Wiederholung ruft...





## Non à la baisse des rentes

Il y a de bonnes raisons de refuser la baisse du taux de conversion. Pour illustrer le propos prenons le cas d'une grande caisse de pension, celle des fonctionnaires et employés du Canton de Zurich (BVK). Cette caisse affichait au 31 décembre 2007 un taux de couverture de 100,73%, ceci après avoir subi une grosse perte avec les actions de Swissair. Au 28 février 2009 ce taux n'était plus que de 78,3%. Comment cette baisse était possible? La réponse donnée par la caisse est la dégradation de la situation boursière. En fait, il s'agit d'une mauvaise gestion. Si l'on regarde les placements effectués, on constatera qu'il n'y a pas de perte sur le portefeuille des immeubles. Les obligations ont bien résisté. La grosse perte a été réalisée sur le portefeuille des actions représentant 28% des placements et cerise sur le gâteau la perte subie sur les placements alternatifs (hedge funds, etc...). La part des actions et des placements alternatifs constituent 38% du capital investi. On a assoupli les règles pour les placements des capitaux pour que les caisses de pension puissent profiter des plus-values de la bourse. Or les caisses de pension au lieu de gagner à la bourse ont perdu.

Les responsables des caisses sont des gestionnaires et des compta-

bles, ils confient à des banques et à des agences, qui font payer très cher leurs services, le soin de placer les capitaux. La seule sanction en cas d'échec par rapport aux performances escomptées est de retirer le mandat à l'institut concerné. Il y a ici une grave lacune dans le domaine de la responsabilité.

Une gestion plus prudente aurait évité la situation actuelle, 38% d'investissement à risque, c'est beaucoup trop, éliminons les placements alternatifs et ne gardons plus que 10% d'actions ciblées. Pour le reste on augmente la part des immeubles qui n'est que de 18% et surtout celle du crédit hypothécaire qui n'est présent que pour 4,5% et celle des obligations en francs suisses. On ne trouvait pas de crédit hypothécaire en oct. 2007 à taux fixe pour 10 ans au-dessous de 4,5% d'intérêt. Avec une répartition ainsi décrite des placements la BVK se trouverait dans une toute autre situation. La possibilité donnée aux caisses de pension en cas de couverture insatisfaisante de rétribuer le capital du cotisant très faiblement ou pas du tout suffit à revenir dans les chiffres noirs. Prenons le cas d'un cadre supérieur ayant un capital d'un million, ce dernier touchera une rente avec un taux de conversion



de 7,2% de Fr. 72 000.- par an. Un simple calcul nous permet d'estimer le nombre d'années pour que ce capital soit réduit à zéro. On déduit au début de l'année la rente du capital et le capital restant on le rétribue à 3%, ce qui est une valeur basse, l'intérêt ainsi obtenu est ajouté au capital restant, du capital ainsi obtenu on déduit la rente et l'on continue de cette manière jusqu'à épuisement du capital. Il faudra 17 ans et 195 jours pour que le capital soit épuisé. Le cadre en question aura atteint l'âge de 82 ans et 195 jours, ce qui est au-delà de l'espérance de vie (env. 79 ans). En faisant le même calcul avec un taux de conversion de 6,8%, à l'âge de 82 ans et 195 jours, il restera encore un capital de Fr. 92 000.-. Ces calculs nous permettent de rendre visible que ce n'est pas le taux de conversion qui pose problème, mais bien les placements en bour-

se. Quant à l'argument avancé de l'augmentation de l'espérance de vie, il n'est pas pertinent.

### Intérêts économiques

Déjà la revue renommée «Scientific American» avait décrit d'une façon assez précise au début des années septante l'évolution de la pyramide des âges. La détermination de l'évolution de la population est une chose bien connue, on inclut la marge d'erreur dans les calculs. En acceptant l'abaissement du taux de conversion, on cimenterait la situation actuelle, alors qu'une réforme sur la question de la responsabilité et la clef de répartition des investissements est nécessaire. Le fait qu'Economiesuisse et ses alliés les plus proches, les partis bourgeois, s'engagent pour l'abaissement n'est pas désintéressé. En rendant le 2ème pilier obligatoire, les caisses de pension sont devenues par le capital accumulé un acteur de l'économie. Il est difficile de croire qu'Economiesuisse est mû par le souci du bien-être des rentiers, mais bien plutôt par des intérêts économiques. On a l'impression que les milieux économiques veulent faire des caisses de pension une source de capital à bon marché.

*Michel Dupont,  
vice-président DS, Pully*

### Interpellation urgente écrite

## Affaire HSBC et clients dénoncés au fisc français par un ex-employé: les frontaliers un danger pour Genève



Selon la presse, la succursale suisse de la banque HSBC a été victime du vol de certains fichiers bancaires par l'un de ses ex-employés. Les noms de clients auraient été dénoncés au fisc français selon le journal français «Le Parisien» qui donne des précisions. Le quotidien indique qu'un ex-cadre informatique de la filiale suisse de la banque aurait dérobé cette liste confidentielle, causant ainsi une grave crise de confiance. Cela révèle une grande faiblesse de Genève.



En effet, les employés de banque et informaticiens frontaliers sont les plus exposés aux pressions de l'Etat français. Ce dernier, sous l'impulsion du ministre du Budget Eric Woerth a choisi d'attaquer par tous les moyens les clients des banques suisses.

La situation de ces travailleurs frontaliers est en effet particulièrement inconfortable, puisqu'ils sont situés à cheval entre deux régimes politiques différents. Genève défend la liberté individuelle et le

*Suite en page 14*

### ...Les frontaliers un danger pour Genève

Suite de page 13

secret bancaire, alors que la France prône la chasse aux contribuables et le harcèlement fiscal. **Il est irresponsable de laisser ces travailleurs, employés dans un secteur stratégique, être exposés à ces dangers. C'est la loi genevoise qui est bafouée ainsi que les grands principes de l'Etat de droit.**

Certains employeurs du secteur bancaire, naïvement pro-européens, comprennent enfin qu'ils se sont trompés et qu'ils prennent des risques considérables pour leurs établissements et la place financière genevoise, grand employeur de notre canton.

Le Conseil d'Etat face à une violation aussi importante de notre Etat de droit ne peut rester sans réagir et doit prendre les précautions qui s'imposent dans la guerre économique-financière que lance le ministre du Budget français Eric Woerth. Nous devons faire un état des lieux du personnel frontalier qui se retrouve dans des postes

sensibles, informer les entreprises des dangers et veiller à ce que la surveillance sur le système bancaire soit correctement appliquée. L'abus des travailleurs frontaliers, et en particulier dans les secteurs-clés de l'informatique et de la banque, devient un danger parmi les plus graves pour l'avenir de Genève. Nous avons le devoir de réagir.

**En vertu des pouvoirs qui sont ceux du député, des devoirs et obligations qui sont ceux du Conseil d'Etat, voici la question posée dans le cadre de cette IUE, conformément à l'article 162A LRGC:**

#### Question:

**Que compte entreprendre le Conseil d'Etat face au danger que représentent les travailleurs frontaliers, dans les secteurs stratégiques de l'informatique et de la banque, pour faire respecter l'honneur de la République et canton de Genève?**

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois*

## Electricité-SIG: le MCG refuse le budget de la Régie publique!

**Les SIG doivent rembourser plus de 60 millions aux usagers en 3 ans (voir IUE) !**



Le MCG a décidé de refuser le budget des SIG, qui navigue dans la plus parfaite illégalité en toute impunité. Et ce n'est pas le MCG qui le dit mais la Cour des comptes dans son rapport No 9 (voir rapport de minorité du PL 10566A, qui sera traité en point fixe le jeudi 17 décembre à 20 h 30).

Le MCG réclame des comptes aux SIG depuis 2006. Il va de soi que le MCG dérange le landerneau politique formé des petits copains et coquins, en réclamant la transparence qui est due au peuple genevois.

**En marge du refus du budget des services industriels, le MCG en-**

**voie une première salve d'interpellations urgentes écrites (voir annexe IUE) à Mme la Conseillère d'Etat, Isabel Rochat, qui a la responsabilité des SIG.**

Le MCG va pleinement jouer son rôle de parti d'opposition et ne laissera aucune marge de manœuvre au Gouvernement pour se défilier ou, pire encore, continuer dans le ronronnement général des «je te tiens, tu me tiens par la barbichette». Les citoyens veulent de la transparence.

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois*



## La politique concerne aussi et surtout les animaux

La vie d'un être humain ne peut se limiter aux jeux vidéo, aux matches de foot, et à la malbouffe. Il y a naturellement ceux qui se rendent compte qu'en protégeant la nature et les animaux, ils contribuent à retarder une catastrophe mondiale, mais leurs associations et tout l'argent qu'ils donnent pour sauver plantes et animaux, ne contribuent pas suffisamment à stopper les corridas, le braconnage, la chasse aux cétacés, le trafic du botox et des peaux de chats, les cirques avec animaux sauvages, la cruauté vis-à-vis des animaux de rente, les courses et combats de chiens, les abandons dans l'indifférence, les exactions dans les abattoirs, et les transports déshumanisés. La Confédération suisse a accepté de légiférer dernièrement pour améliorer les conditions de vie des animaux domestiques en édictant une série de mesures certes réjouissantes, mais souvent insuffisantes ou applicables tardivement. Pourquoi par exemple accorder un délai de cinq ans aux paysans pour mettre de l'eau à disposition des veaux et porcs à l'engrais, pour qu'ils ne satisfassent leur soif qu'avec des liquides provenant de la production fromagère. Est-ce si difficile de placer un seau d'eau immédiatement



dans les étables? Ces pauvres bêtes doivent-elles souffrir encore pendant cinq ans pour offrir aux bouchers et leurs clientes de la viande blanche? Le délai d'application d'interdiction de la castration à vif des porcelets, de l'ablation de leur queue et de leurs dents et la pose d'un anneau nasal est de seize mois, soit plus d'une année? Pourquoi pas de suite? A noter que la Protection suisse des animaux a commencé à se battre sur le plan politique depuis les années 1990. Depuis, qu'à-t-on fait de concret pour le transport d'animaux dont beaucoup sont prêts à vèler? Qu'à-t-on fait pour interdire certaines prestiques et conditions d'habitat pour les bêtes de cirque? Les tigres sont confinés dans des cages trop petites, les chevaux n'ont pas la

permission d'aller courir dans un pré, et l'enceinte des singes ne répond pas aux exigences de la loi sur la protection des animaux. Seul le cirque Monti a prouvé qu'il peut présenter de beaux spectacles sans fauves. Avec la télévision, le citoyen lambda a-t-il encore besoin d'aller se repaître de telles démonstrations inutilement dégradantes pour de fiers animaux?

Il y a aussi le dresse-vache faisant souffrir 150 000 vaches sur les 600 000 que compte le cheptel helvétique. Ce bétail ne sort jamais de son box, où il est attaché sans pouvoir bouger. Je mets cet état de fait en exergue, vu qu'en vendant de la viande avec le label de «Suisse Garantie», c'est un mensonge, car cette stabulation est incompatible avec la publicité actuelle qui sous entend que chaque morceau a été soumis à des contrôles stricts et produit dans une entreprise respectueuse de la vie animale.

Il reste beaucoup à faire dans le domaine du transport et de l'abattage, mais nous osons espérer que de plus en plus de politiciens se rendront compte que l'humain doit prendre conscience de ses obligations et de la nécessité d'œuvrer en faveur d'une survie universelle harmonieuse et sans souffrance.

### Avocat de la protection des animaux. Oui!

Les Démocrates Suisses (DS) approuvent l'initiative pour l'institution d'un avocat de la protection des animaux. Ils s'engagent depuis toujours en faveur d'une protection animale efficace.



Luttons pour la sauvegarde des poullins des Franches Montagnes qui finissent en trop grand nombre chez le boucher, contre l'abattage massif des mustangs dans l'ouest des Etats-Unis, contre la chasse autorisée des chats domestiques considérés comme gibier. Ces lois de protection adoptées par canton, sont respectées à Genève où la chasse est interdite. Ce problème est mondial et la Suisse est si petite!

Espérons que la politique se mêlera de plus en plus à ce problème crucial gangrénant notre terre, pour interdire la chasse aux blanchons du Canada, aux corridas espagnoles et mexicaines, au massacre des dauphins au Japon, aux pêcheries industrielles et au braconnage. Les lois actuelles ne sont pas assez sévères et le laxisme paysan devrait servir de facteur d'évaluation pour recevoir des subventions.

*Charlotte Morel*



## Haben die Selbstdarsteller 2010 «Grosses» vor?

Nein, im Gleichschritt sind sie nicht, wie fast immer...

Das Bundeshaus dient nur noch als Kulisse; schemenhaft im Hintergrund. Wichtig ist offenbar nur noch das eigene Erscheinungsbild. Die Beinarbeit ist desaströs. Von der Kopfarbeit nicht zu reden...

Was bleibt, ist ein gestyltes Lächeln wie an einer Modeschau. Micheline geht wie auf «Eiern» und Ueli präsentiert den Damenspagat. Der Frau Bundespräsidentin wird das Voranschreiten vermutlich auch noch zusetzen, denn gegen Bauerngülle schützt ihr Mantel auch nicht viel. Schon heute wär mit derlei Marionetten ein «dynamisches Gruppenbild» in «Bruxelles» leicht vorstellbar.

Ob baldiger Rücktritt (Calmy-Rey, Merz und Leuenberger) oder unabwendbare Abwahl (Widmer-Schlumpf), alles ist Recht, was wie-



der zu mehr helvetischer Selbstbestimmung und -achtung führen wird. Das kann ja noch «lustig» werden – Prosit Neujahr!



### Kanton Aargau



## Keine fremden Richter!

**SD Aargau über Rekurs gegen Minarett-Verbot empört – Der Islam will unsere Demokratie nicht verstehen**

Dass der Islam mit unserer direkten Demokratie Mühe hat, überrascht nicht. Es gibt ja auch kein islamisches Land von Marokko bis Indonesien, das auch nur annähernd demokratische Verhältnisse kennt. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Hafid Quardiri, Ex-Sprecher der Genfer Moschee, das vom Schweizervolk mit ganz klarer Mehrheit angenommene Minarett-Bauverbot vor den Europäischen Gerichtshof in Strassburg ziehen will. Wer in der Schweiz wohnt und von unserer Demokratie profitiert, sollte Entscheide derselben auch akzeptieren. Wer das nicht will, hat nach Meinung der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hier nichts verloren und sollte wegziehen; es gibt noch gegen 200 weitere Länder auf der Welt.

Ob man sich in anderen Ländern aber so benehmen darf wie in der Schweiz, bezweifeln die SD Aargau allerdings. Unser Bundesbern soll-



te jetzt endlich einmal beweisen, dass es das Schweizer Volk, unsere Rechte und unsere direkte Demokratie verteidigen will und sich gegen jeden

Druckversuch aus Strassburg energisch zur Wehr setzt. Falls nötig, sollte die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen, denn diese vertritt alles Mögliche; ob auch die direkt-demokratischen Rechte in der Schweiz, werden wir sehen... Wie verhält es sich denn mit den Menschenrechten, wenn der heilige Koran sogar unmissverständlich die Tötung von Ungläubigen befiehlt, das heisst von Nichtmuslimen wie Christen oder Juden? **Wir brauchen keine fremden Richter!**

*SD-Kantonalsektion Aargau, René Kunz, SD-Präs. AG, Reinach*

## Gerichte versus direkte Demokratie?

Kaum war die Annahme der Anti-Minarett-Initiative Tatsache, verkündeten Bundesräte, einflussreiche Politiker und Rechtsprofessoren, das Abstimmungsresultat könne ja vom Bundesgericht sowie von internationalen Gerichten gekippt werden. Im Klartext: Abstimmungsresultate, die nicht dem Gusto eines Teils der politischen Elite entsprechen, wären ungültig! Eine demagogische Auslegung des Begriffs «Menschenrechte» soll dies möglich machen. Die Gegner der direkten Demokratie ignorieren, dass sie eigentlich dem schweizerischen Volkswillen und nicht dem Willen internationaler Organisationen sowie der ausländischen Classe politique verpflichtet sind. Die Vergangenheit hat übrigens gezeigt, dass unser schwacher

Bundesrat, Amtseid hin oder her, keineswegs schweizerische Interessen vertritt. Im Gegenteil, ausländische Anfeindungen erwidert er mit Verständnis und Unterwürfigkeit. Abhilfe könnte geschaffen werden, indem mittels einer Volksinitiative der Grundsatz «internationales Recht bricht nationales Recht» explizit gestrichen wird. Ferner wären unsere Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und alle diesbezüglichen Verträge (auch die Asylnorm der UNO sowie die Menschenrechtskonvention) kritisch auf ihren Nutzen zu überprüfen und gegebenenfalls zu kündigen. **Frei abstimmen zu dürfen, ist nämlich – wenigstens bei uns – auch ein Menschenrecht!**

*Otto Weiersmüller, Utikon*

## Weshalb ein Verfassungsgericht?

Als Mitglied des Europarates und «Lehrbeauftragter für Direkte Demokratie» verfolgt SP-Nationalrat Andreas Gross nur das eine Ziel: Er will mit der Schaffung eines schweizerischen Verfassungsgerichtes erreichen, dass – seiner Ansicht nach – unliebsame Initiativen gewissermassen im Keim erstickt und von vornherein bereits durch die schweizerische Rechtsprechung für ungültig erklärt werden können.

Durch sein vordergründiges Engagement für das Volksrecht «Direkte Demokratie» will Gross davon ablenken, dass er eine sogenannte «Weiterentwicklung» sowie eine «Verwesentlichung» unseres De-

mokratie-Verständnisses anstrebt. Das bedeutet im Klartext, Abbau und Einschränkung, sprich Anpassung unseres Initiativ- und Referendumsrechts an das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte. Herr Gross war auch gegen die Abstimmung über das Minarett-Verbot. Nach seiner Auffassung sind auch berechtigte Fragen zur Überbevölkerung in der Schweiz indiskutabel. Zu wünschen ist, dass des Schweizlers «Immunsystem» von derartigen «Angriffs-Viren» auf unser freiheitliches politisches System angeregt wird, um sich vor Pseudo-Demokraten à la Andreas Gross klar zu distanzieren...

*Marcus Stoercklé jun., Basel*

## Ein Wort an die friedvollen Muslime

Es tut mir leid, dass offensichtlich viele friedliebende Muslime in unserem Land nach dem überwältigenden Ja zum Verbot von Minaretten den Eindruck haben, sie wären in der Schweiz nicht erwünscht. Dieser Willensausdruck richtet sich nur an die kleine Gruppe Fundamentalisten, welche den ideologischen, politischen Islam fördern und gewisse Zeichen setzen will. Ich denke, dass wir am schnellsten wieder zu einem gegenseitigen respektvollen Miteinander finden, wenn die vielen friedliebenden Muslime Verständnis zeigen, dass in ihrem christlichen Gastland, in dem sie wohnen, islamische Symbole und Rufe eines Muezzins in einem christlichen Umfeld – «Allah ist grösser. Es gibt keinen andern Gott als Allah!» – ein Ärgernis darstellen. Wenn man liest, dass die

muslimische Gemeinschaft in Langenthal bis nach Den Haag prozessieren will, so müssten die friedliebenden Muslime diese Leute ernstlich warnen, denn dadurch würde der Riss im Blick auf ein friedliches Zusammenleben nur noch grösser. Den vielen Ja-Stimmenden ist es ein grosses Anliegen, alle friedlichen Muslime zu respektieren und ihnen Glaubens- und Religionsfreiheit zu gewähren. Ich denke, die Integration wäre am allerschönsten, wenn Muslime, die viele auch als Schweizer eingebürgert werden, erkennen würden, dass Jesus Christus, den sie nur als einen Propheten bezeichnen, der Erlöser aller Menschen ist, wie dies Jesus Christus selbst von sich gesagt hat. Müssten wir Schweizer Christen unseren Glauben nicht überzeugter leben? *Robert Rahm, Hallau*

**Kontakte:** • **Junge Schweizer Demokraten (JSD) Nordwestschweiz,**  
Postfach 14, 4422 Arisdorf, [info@jds-nordwestschweiz.ch](mailto:info@jds-nordwestschweiz.ch)  
• **Junge Schweizer Demokraten (JSD) Ostschweiz,**  
Postfach 22, 9555 Tobel, [info@jds-ostschweiz.ch](mailto:info@jds-ostschweiz.ch)

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
Landrat, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden  
Markus Borner, e. Grossrat, Basel  
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

# SD – die soziale Heimatpartei!



Bernhard Hess,  
e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer

In einem bemerkenswerten Aufsatz im SVP-Parteiblatt «Zürcher Bote» beklagt sich ein Stadtzürcher SVP-Gemeindeparlamentarier, dass die SD-Vertreter oft im Zürcher Stadtparlament bürgerliche Positionen nicht mittragen und in sozialen und ökologischen Fragen vielfach mit der Linken stimmen. Hier ein Auszug: «...Die Schweizer Demokraten gelten zwar als Rechtsaussempartei, das Wahlverhalten der drei SD-Vertreter im Gemeinderat zeigt jedem Beobachter etwas anderes: Sie stimmen regelmässig mit rot-grün. Nur beim Thema Ausländer unterstützen sie die bürgerliche Ratsseite. Daher muss jede Wählerin und jeder Wähler wissen: In Tat und Wahrheit sind die SD fremdenfeindliche, grüne Fundamentalisten...»

Stimmt nicht ganz, Herr Martin Bürlimann von der SVP! Die Schweizer Demokraten stehen aufgrund ihres Programms und ihrer Weltanschauung nicht «rechtsaussempartei» und sind auch nicht

«fremdenfeindlich». Diese Attribute (es gibt noch viel schlimmere) wurden uns seit Jahrzehnten von den kosmopolitisch linken Medienschaffenden in Radio, Fernsehen und vor allem der Presse «angehängt».

## Gegen Wachstum um jeden Preis

Die SD sind eine national-konservative Partei mit einem starken sozialen und ökologischen Gewissen. Wir wehren uns einerseits gegen die unkritische Multikulti-Ideologie, wie diese seit Jahrzehnten sämtliche Linksparteien pflegen und seit der «Machtübernahme» der 68er-Generation beinahe wie eine Ersatzreligion in links-grünen Kreisen hochgelobt wird. Wir wenden uns aber ebenso gegen die blinde und zerstörerische Wachstumspolitik der bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP, welche seit Mitte der 1960er-Jahre zu einer beispiellosen Masseneinwanderung in unser kleines, dichtbesiedeltes Land geführt hat. Hierzu gehört auch die SVP, hat doch auch sie sämtliche Anti-Überfremdungsinisiativen der Nationalen Aktion/SD früher klar abgelehnt.

In der Schweiz ist die SD am ehesten inhaltlich mit den Positionen der Lega dei Ticinesi und dem Mouvement des Citoyens Genevois zu vergleichen. Beide Bürgerbewegungen vertreten in Fragen der Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung sowie im Kampf gegen Massenzuwanderung und Asylrechtsmissbrauch durchaus sogenannte «rechte» Positionen, stehen aber dem Sozialabbau der etabliert-bürgerlichen Parteien, welcher sich immer mehr auch gegen das eigene Volk richtet, kritisch gegenüber. SD, Lega und der MCG haben bekanntlich – wie auch Gewerkschaftskreise – das Referendum gegen den Pensionsabbau ergriffen, welches am 7. März 2010 zur Abstimmung

kommt. Im europäischen Vergleich kann man die Positionen der sozial-patriotischen Parteien am ehesten mit der österreichischen FPÖ vergleichen. Auch die FPÖ, wie auch die Haider-Abspaltung BZÖ, werden weder als bürgerliche noch als sozialistische Partei umschrieben. Vielmehr gelten sie als «Drittes Lager», also jenseits der Bürgerlichen und der Roten/Grünen.

## Soziales Feld nicht der SP überlassen

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird die soziale Frage auch hierzulande immer wichtiger. Längst sind es nicht mehr einfach «Sozialschmarotzer», wie von der SVP vereinfacht dargestellt, welche ihre Arbeit verlieren oder gar später ausgesteuert werden. Arbeitslosigkeit kann heute jede und jeden treffen, auch den rechtschaffenen Mittelstand der Einheimischen. Deshalb ist es mir auch wichtig, dass wir die Verteidigung der sozialen Errungenschaften nicht länger den internationalistischen Sozialisten überlassen. Gerade die SP hat sich doch in den letzten Jahren immer mehr von den einheimischen kleinen und mittleren Einkommensschichten abgewendet und betreibt wohl aus ideologischen Gründen eine unverständliche Politik der Randgruppenverhatschung. Offensichtlich sind den SP-Führungsleuten Feministinnen, abgewiesene Asylanten und Kulturschaffende mit SP-Parteibuch wichtiger als der arbeitende und steuerzahlende einheimische Normalbürger. Ich wünsche mir eine SD, welche sowohl die verlogenen Machenschaften der Linken wie auch die nimmersatte Wachstumsgier der Bürgerlichen schonungslos aufdeckt und bekämpft.

**SD – weder links noch rechts, sondern heimatreu und bürgerlich!**

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## SD-Abonnement 2010

Dieser Ausgabe liegt als Abonnementsrechnung für das Jahr 2010 ein Einzahlungsschein bei. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt weiterhin mindestens 45 Franken (und nicht Euros!). Bitte vermerken Sie Ihre Abonnementseinzahlung mit dem Hinweis «Abo2010». Weiter bitten wir Sie, unsere Zeitung in ihrem Bekanntenkreis weiterzugeben, verbunden mit der Aufforderung, den «Schweizer Demokrat» ebenfalls zu abonnieren. Auch können Sie jederzeit weitere Exemplare unserer Zeitung mit nebenstehendem Bestelltalon kostenlos zum Verteilen beziehen. Zögern Sie nicht, noch heute weitere Zeitungsexemplare beim SD-Zentralsekretariat in Bern zu bestellen. Für Ihre materielle und ideelle Unterstützung danken wir ganz herzlich und wünschen Ihnen einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre Parteileitung der  
Schweizer Demokraten (SD)

## Aufruf!

**Schwarzaufenthalter aufstöbern und sofort nach Hause schicken. Melden Sie Verdachtsfälle der Polizei und dem Migrationsamt!**

**Damit gegen die schleichende Invasion der Illegalen endlich etwas getan wird, wählen jetzt immer mehr Zürcherinnen und Zürcher**

**Schweizer Demokraten**



Liste **8**

und **Walter Wobmann** in den Stadtrat!

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2